

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jährm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinhalte finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **490000**
EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

In den jüngsten Tagen haben sich die Fälle gehäuft, in denen Fusionen industrieller Gesellschaften unter völliger Ausserachtlassung technischer Zweckmäßigkeit, lediglich aus finanziellen Interessen einzelner Großaktionäre erfolgen. Typisch dafür ist die Vereinigung des Eisenwerks Kraft in Kraßwied bei Stettin mit der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerkengesellschaft in Duisburg. Von irgend welchen betriebswirtschaftlichen Absichten bei der Fusion dieser beiden Werke, deren Aktien zum großen Teil im Besitz des Fürsten Guelo Sengel von Donnersmard sind, kann keine Rede sein, die Vereinigung erfolgt nur, um die großen Mittel flüssig zu machen, die der Fürst von Donnersmard in die Rheinische Bergbau- und Hüttenwerkengesellschaft hineingesteckt hat. Dieses Unternehmen wurde einer einschneidenden Reorganisation unterworfen, die Kredite, die es zum Ausbau seiner Werke in Anspruch genommen hat, belaufen sich auf mehr als 10 Millionen Mark, während das Grundkapital 7,20 Millionen Mark beträgt. Nun hat die Gesellschaft seit 1905 keine Dividende mehr gezahlt, es wäre daher schwer, die hohen Kredite durch Ausgabe von neuen Aktien abzulösen. Sehr leicht aber kann die Zurückzahlung eines großen Teiles der aufgewandten Mittel aus der Gesellschaft bei der Fusion mit dem Eisenwerk Kraft bewerkstelligt werden, denn Kraft-Aktien sind gut unterzubringen. Das Eisenwerk Kraft spielte bei der Auflösung des Rohstoffsyndikats im Jahre 1908 eine große Rolle, es gab den äußeren Anlaß zur Sprengung des Syndikats, da es sich weigerte, einem neuen Kartell beizutreten. Es verteilte in den letzten Jahren Dividenden von 11 Prozent, für das Jahr 1910 zahlte es sogar 12 Prozent. Zur Durchführung der Fusion und zur Beilegung der von der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerkengesellschaft ihrer Betriebsanlagen in Anspruch genommenen Kredite wird das Eisenwerk Kraft sein Kapital von 7 Millionen Mark auf 18 Millionen Mark erhöhen.

Ähnlichen Ursachen entspringt die Fusion des Kassow-Eisenwalzwerkes Mannsfeld mit der Siegen-Rheinischen Hütten- und Eisenwerkengesellschaft. Die Mannsfelder Gesellschaft erhöht ihr Kapital um 4,50 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark, das Aktienkapital der Siegen-Rheinischen Hütte beträgt 8 Millionen Mark. Da für je 10 Aktien der Siegen-Rheinischen Hütte nur eine Aktie der Mannsfelder Gesellschaft gegeben werden soll, so braucht Mannsfeld von den neuen Aktien zu dem Erwerb nur 300 000 A. aufzuwenden. Aber bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark hat die Siegen-Rheinische Hütte eine schwebende Schuld von 5 Millionen Mark. In beiden Gesellschaften übt der Schaffhausen'sche Bankverein den maßgebenden Einfluß aus, er hat, wie der Fürst Sengel von Donnersmard bei der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerkengesellschaft, das Interesse, die gegebenen hohen Kredite abzulösen. Dazu hatte er um so mehr Veranlassung, als die Siegen-Rheinische Hütte trotz einschneidender Sanierungen nur sehr vorübergehend einen Ertrag ausweisen konnte. Von der Verwaltung des Kassow-Eisenwalzwerkes Mannsfeld wird die Fusion im wesentlichen damit begründet, daß die Siegen-Rheinische Hütte neben den vorhandenen Hochofenanlagen ein Siemens-Martin-Eiselinnealwerk errichten will, welches in der Lage sein soll, den gesamten Halbzeugbedarf, der bislang vom Stahlwerksverband gekauft werden mußte, herzustellen. Mannsfeld will sich unabhängig von dem Halbzeugmarkt machen und erwartet auch hieraus eine weitere wesentliche Verbilligung der Selbstkosten. Nun ist die Sicherung eigenen Halbzeugs sicher ein gewichtiger Fusionsgrund, aber bei der vorzüglichen Situation der Mannsfelder Gesellschaft — sie hat in den letzten fünf Jahren 14, 20, 11, 8 und 12 Prozent Dividende gezahlt — hätte sie zur Angleichung zweifellos ein gesünderes Unternehmen als die Siegen-Rheinische Hütte gefunden.

Zum Abschluß ist jetzt auch der Interessengemeinschaftsvertrag zwischen der Krupp-Gesellschaft in Essen und der Westfälischen Drahtindustrie-Gesellschaft in Hamm gekommen. Wie wir bereits bei der Andeutung dieses Zusammenschlusses betonten, ist diese Interessengemeinschaft mit einer völligen Verschmelzung identisch. Diese Auffassung wird durch die näheren Bestimmungen des Vertrages bestätigt, über die die Börsen-Zeitung Mitteilung machen konnte. Da der Aufsichtsrat der Westfälischen Drahtindustrie künftig aus 13 Mitgliedern bestehen soll und die Friedr. Krupp-Altkriegsgesellschaft über sieben Sitze verfügen wird, hat sie also von vornherein die Mehrheit. Auch über die Anstellung neuer Vorstandsmitglieder hat sich der Aufsichtsrat einstimmig mit der Friedr. Krupp-Altkriegsgesellschaft verständigt, die das Vorschlagsrecht hat. Der Vorstand hat ferner bei der Leitung der Geschäfte vom 1. Juli 1912 ab die Anordnungen eines Ausschusses des Aufsichtsrats zu befolgen, der wiederum auf Vorschlag der Friedr. Krupp-Altkriegsgesellschaft gewählt wird. Die Westfälische Drahtindustrie verpflichtet sich auch, für die Dauer des Vertrages kein Stahlwerk zu errichten oder sich an einem solchen zu beteiligen und keine sonstigen neuen Betriebszweige ohne Zustimmung der Friedr. Krupp-Altkriegsgesellschaft aufzunehmen. Der Vertrag zwischen beiden Unternehmen wird, wie schon früher mitgeteilt, auf 30 Jahre geschlossen. Die Friedr. Krupp-Altkriegsgesellschaft soll jedoch bis zum 1. Juli 1939 das Recht haben, die Verlängerung des Vertrages auf weitere zehn Jahre zu verlangen. Die Westfälische Drahtindustrie verpflichtet sich ferner, für das laufende

Geschäftsjahr auch bei höherem Reingewinn höchstens 7 Prozent Dividende zu verteilen. Die Rigaer Niederlassung der Westfälischen Drahtindustrie soll in eine selbständige russische Altkriegsgesellschaft umgewandelt werden, sobald die Friedr. Krupp-Altkriegsgesellschaft sich darüber erklärt hat, ob sie die Rigaer Niederlassung in den Vertrag einbeziehen will oder nicht.

An Merkwürdigkeiten reich ist das Geschick der Lübecker Maschinenbau-Altkriegsgesellschaft, deren finanzielle Schrumpfung durch eine Berliner Bankfirma, die die Verwaltung beherrschte, wir bereits in Nr. 11 eingehend schilderten. Nun ist zwischen der Lübecker Maschinenbau-Altkriegsgesellschaft und der Firma Orenstein & Koppel-Arthur Koppel Altkriegsgesellschaft in Berlin eine Interessengemeinschaft dadurch hergestellt worden, daß die Orenstein & Koppel-Gesellschaft von der schon erwähnten Bankfirma einen Posten Aktien des Lübecker Unternehmens übernahm und damit die Verwaltung in ihre Hand bekommt. Zwischen den beiden Gesellschaften bestand eine gefährliche Konkurrenz auf dem Gebiete des Trockenbaggerbaues, es sprechen übrigens verschiedene Anzeichen dafür, daß die Firma Orenstein & Koppel die Übernahme der Lübecker Maschinenbau-Altkriegsgesellschaft bereits länger Hand vorbereitet hat.

Durch die Vereinigung der beiden Gesellschaften Orenstein & Koppel und Arthur Koppel Altkriegsgesellschaft im Jahre 1909 wurde ein trustähnliches Unternehmen für den Bau von Feld- und Kleinbahnen geschaffen. Die jetzt wieder erwachten Ausdehnungsbestrebungen der Gesellschaft erstrecken sich nicht nur auf die Kontrolle des Lübecker Unternehmens, es erfolgt ferner die Verbindung mit einer französischen Altkriegsgesellschaft, die gleichfalls auf dem Gebiete des Baues von Feld- und Kleinbahnen eine starke Position hat. Es handelt sich um die Altkriegsgesellschaft Decauville in Paris, die neue Interessengemeinschaft wird durch einen gegenseitigen Aktienaustausch herbeigeführt. Aus Anlaß dieser Maßnahme und zur Beilegung weiterer Pläne erhöht die Gesellschaft Orenstein & Koppel ihr Aktienkapital von 26 Millionen auf 35 Millionen Mark, da die neuen Aktien zu einem Kurse von 176 Prozent ausgegeben werden sollen, werden die Mittel der Gesellschaft einschließlich ihrer Reserven rund 50 Millionen Mark betragen. Es gingen fernerhin Gerüchte um, daß zwischen Vossig und Orenstein & Koppel eine engere Verbindung hergestellt werden sollte. Diese Nachrichten sind daraufhin zurückzuführen, daß Vossig mit Orenstein & Koppel in Austrage des Lokomotivkartells verhandelte. Bisher steht die Firma Orenstein & Koppel außerhalb des Kartells und übt durch ihre Offerten für Lieferungen an die deutschen Staatsbahnverwaltungen einen Druck auf die Kartellpreise aus. Um Orenstein & Koppel zur Aufgabe dieser Konkurrenz zu veranlassen, nahmen einige Fabriken des Kartells die Massenfabrikation von Feldbahnlokomotiven auf, vornehmlich Vossig und Massey. Ob diese neue Konkurrenz der Firma Orenstein & Koppel wesentlichen Abbruch getan hat, muß dahingestellt bleiben, aber es kam eine Verständigung zwischen ihr und dem Kartell zustande, die Kartellfabriken gaben die Konkurrenz in Spezialartikeln von Orenstein & Koppel auf, während Orenstein sich zu einer festen Vereinbarung über Preis- und Lieferungsbedingungen für große Maschinen verstand. Weiterhin verkaufte, daß die Orenstein-Gesellschaft eine Lokomotive für Laßzügen konstruiert habe, die bei wesentlicher vergrößerter Arbeitsleistung hohe Ersparnis an Kohlen ermöglicht. Diese Konstruktion soll von einem Arbeiter des Berliner Betriebes herrühren.

In der ersten Aprilwoche ist das preussische Eisenbahnzentralamt beauftragt worden, wegen Übernahme der Herstellung von 478 Lokomotiven verschiedener Gattung für die bestehenden Bahnen und Neubaulinien der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen, sowie von 14 Lokomotiven für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen mit den beteiligten Lokomotivbauanstalten zu verhandeln. Die Lieferungen sollen am 31. März 1912 beendet sein. Nach den Mitteilungen, die in der am 3. April abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes deutscher Maschinenbauanstalten über die Geschäftslage gegeben wurden, beruht die Lokomotiv- und Waggonfabriken über ungünstige Privatausträge und zumeist verlustbringende Preise, sie beklagen ferner, daß die Staatsbahnen ihre Bestellungen nicht nur weiter einschränken, sondern auch erheblich niedrigere Preise anlegen. Weit günstiger urteilten letzthin die Verwaltungen verschiedener Altkriegsgesellschaften. So erklärte die Verwaltung der Eisenbahnwagenbau-Altkriegsgesellschaft Linke in Breslau, die wieder 25 Prozent Dividende verteilt, das Geschäft lasse sich im neuen Jahre nicht übel an, der Bestand an Aufträgen sei größer als im Vorjahre, die Preise seien zwar noch unbefriedigend, doch können die Auslastungen für allgemein erstens beizugehen werden. Auch die Waggonfabrik Gebrüder Hofmann & Co. Altkriegsgesellschaft in Breslau, die 35 Prozent Dividende verteilt, bemerkt in ihrem Geschäftsbericht: „Leider sind die Verkaufspreise sehr unbefriedigend, und die Aufträge für 1911 und 1912 konnten nur gegen weitere Preisnachlässe heringebracht werden. Die Verkaufspreise lassen daher nur noch geringen Nutzen übrig. Dagegen ist der Wert des Bestandes an Aufträgen gewachsen, so daß für das Jahr 1911 infolge des größeren Umsatzes ebenfalls ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden darf.“

Von Unternehmungen, die in unserer Berichtsperiode ihre Abschlußzahlen veröffentlichten, ist die Stettiner Maschinenbau-Altkriegsgesellschaft Vulkan hervorzuheben, deren Aufsichtsrat die Verteilung einer Dividende von 14 gegen 12 Prozent im Vorjahre in Vorschlag bringt. — Die Gebrüder Röring Altkriegsgesellschaft, Maschinenfabrik in Hannover-Linden, schlägt nach Abschreibungen von 869 422 gegen 484 655 A. im Vorjahre eine Dividende von

8 Prozent gegen 7 Prozent für 1909 vor. — Die Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei in Magdeburg schließt nach Abschreibungen von rund 40 000 A., die den vorjährigen gleichen, mit einem Verlust von 49 539 A. ab. Bei Niederschreibung des Verlusts, so bemerkt die Verwaltung, ist der Bestand an Aufträgen als gut zu bezeichnen, was seit langer Zeit nicht gesagt werden konnte, so daß für das laufende Geschäftsjahr ein besseres Ergebnis erwartet werden dürfte. — Die Maschinenbau-Altkriegsgesellschaft Potomny & Wittelind in Frankfurt a. M. wird wieder eine Dividende von 8 Prozent verteilen, das Aktienkapital soll um 1 Million auf 3 Millionen Mark erhöht werden. — Eine Dividende von wieder 15 Prozent bringt die Altkriegsgesellschaft Kollmar & Jourban, Uhrkettenfabrik in Forstheim, zur Verteilung, sie bemerkt dazu, daß dieses Resultat trotz des vorgekommenen Streiks erzielt werden konnte. Die Gesellschaft hat seit Jahren große Teile des erzielten Gewinns in stille Reserven gestellt, sie sucht jetzt durch Kapitalvermehrung die Dividende nach bestimmtem Muster herabzubringen. Das Grundkapital wird um 750 000 A. auf 3,25 Millionen Mark erhöht, die neuen Aktien werden zu einem Kurse von 125 Prozent gegeben, der gegenwärtige Kurs der Aktien stellt sich auf etwa 365 Prozent.

Über die Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse in Zink- und Bleihütten.

Noch weit trauriger als die Lage der Arbeiter in Eisenhütten und Eisenwalzwerken ist die der Arbeiter in Zink- und Bleihütten und den dazu gehörigen Betrieben. Die Blei- und Zinkarbeiter laufen fortwährend Gefahr, der gefährlichen Blei- und Zinkvergiftung zu verfallen. Weil die Entlohnung der Arbeiter in Blei- und Zinkhütten in keinem richtigen Verhältnis zu der Schwere und der Gefährlichkeit der Arbeit steht, finden sich nicht leicht Arbeiter für diese Betriebe, so daß die Unternehmer in vielen Fällen fremde Arbeiter heranziehen.

Für die Zinkarbeiter besteht eine Schutzverordnung seit dem Jahre 1900. Kurz zusammengefaßt ist der Inhalt folgender: Die Werkräume müssen geräumig, hoch und so eingerichtet sein, daß in ihnen ein ausreichender, beständiger Luftwechsel stattfindet. Der Fußboden muß fest und eben sein und eine leichte Befestigung des Staubes auf irgendwelchem Wege gestatten. Auch die Wände müssen eine ebene Oberfläche haben. Dachgebälk und Rahmen der Destillationsöfen sind mindestens einmal jährlich von Staub gründlich zu reinigen. Gutes, gegen Eindringen von Staub geschütztes Trinkwasser muß bereit gehalten werden und bequem zu erreichen sein. Die Verkleinerung der Zinkerze darf nur in Apparaten erfolgen, die so eingerichtet sind, daß das Eindringen von Staub in die Arbeitsräume verhindert wird. Die Öfen sind mit wirklichen Abzugsvorrichtungen für die entweichenden Gase zu versehen. Die zum Beschicken der Öfen bestimmten Erze dürfen nur angeliefert vor den Öfen gelagert, mit anderem Material gemischt und in die Öfen eingeführt werden. Wenn große sogenannte stöckische Ruffeln im Gebrauch sind, fällt die letzte Vorschrift weg, bei besonders gesundheitsgefährlicher Beschaffenheit des Beschickungsmaterials kann die höhere Behörde jedoch auch dann die Anfeuchtung anordnen. Staub, Gase und Dämpfe müssen abgefangen werden. Die Räumhöhe darf nicht in den Hüttenraum gezogen werden; sie muß in geschlossenen Kanälen unter den Öfen aufgefangen und aus diesen Kanälen unmittelbar in Wagen entleert werden, die sich in Gängen unterhalb der Destillationsräume befinden. Diese Vorschrift kann für bestehende Anlagen mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde außer Anwendung bleiben, wenn die verlangten Einrichtungen nicht oder nur „durch unverhältnismäßig kostspielige Umbauten hergestellt werden können. Arbeiter zwischen 16 und 18 Jahren dürfen zu bestimmten Arbeiten nicht herangezogen werden. Für andere Arbeiten in dem Destillationsbetriebe bedarf es der ärztlichen Untersuchung für diese Jugendlichen. Es müssen ein Wasch- und Umkleieraum und getrennt davon ein Speiseraum vorhanden sein. Den Arbeitern ist wenigstens zweimal wöchentlich Gelegenheit zu geben, ein warmes Bad innerhalb der Betriebsanlage und, sofern nicht nach dem Urteil der Gewerbeaufsichtsbeamten „bringende Rücksichten auf den Betrieb“ dies ausgeschlossen erscheinen lassen, auch innerhalb der Arbeitszeit zu nehmen. Die Überwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter ist vom Unternehmer einem Arzt zu übertragen, der mindestens einmal monatlich die Arbeiter im Betriebe aufzusuchen und auf Anzeichen von Blei- oder Zinkvergiftungen zu achten hat. Auf Anordnung des Arztes sind verdächtige Arbeiter von den gefährlichsten Arbeiten fernzuhalten. Ueber den Gesundheitszustand der Arbeiter muß eine Liste geführt werden. Nahrungsmittel dürfen nicht in die Arbeitsräume mitgenommen werden.

Der wesentlichste Mangel dieser Schutzverordnung besteht darin, daß sie über die Höchstdauer der Arbeitszeit und über das Mindestmaß an Pausen nichts bestimmt.

Weiter geht die Schutzverordnung für Bleihütten vom Jahre 1906. Allerdings ist die Arbeitsweise in Bleihütten noch weit gefährlicher als die in Zinkbetrieben, wo Zink verarbeitet wird. Für die bei der Behandlung der Erzkonzentrate in Bleihütten tätigen Arbeiter, abgesehen von den Arbeitern auf den Gichtböden, ist die Atzmittel- und Giftschutzverordnung eingeführt worden. Ebenso für Arbeiter, die im Innern kaltegestellter Öfen beschäftigt sind oder beim Ausräumen von Flugstaubklammern und Flugstaubbländen, die nassen Flugstaub enthalten. Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter dürfen bei den gefährlichsten Arbeiten nicht beschäftigt werden. Beim Ausräumen von Flugstaubklammern und Flugstaubbländen, die trockenen Flugstaub enthalten, dürfen Arbeiter im Innern der Kammern und

Hande täglich höchstens vier Stunden mit Räumungs- und Transportarbeiten dieser Art beschäftigt werden. An andere Arbeiten können diese Arbeiter dann aber noch weitere vier Stunden beschäftigt werden. Kein Arbeiter darf während 24 Stunden länger als zehn Stunden, ausserhalb der Pausen beschäftigt werden. Ausgenommen sind bestimmte Schichtwechselarbeiten. Die Forderungen der Schichtwechselverordnung sind im übrigen vielfach übernommen und erweitert worden.

Über die Frage des wirksamen Schutzes vor Bleivergiftungen hat vor einigen Jahren ein Ingenieur Müller eine Abhandlung veröffentlicht. Als Vertreter einer Bleivergiftungsgesellschaft schlug bei Müller natürlich das Profitinteresse durch, er meint aber, daß wirksame Schutzmaßnahmen diesem Interesse nicht im Wege stünden. Mit dem engen Profitstandpunkt, wie er in der Regel eingenommen wird, ist ein durchgreifender Arbeiterschutz wohl nicht gut verträglich, der weiterlebende Unternehmer jedoch wird auch herausfinden, daß der gesundheitlich geschädigte, gut gelohnte und genährte Arbeiter leistungsfähiger ist.

Die Vorschläge des Ingenieurs Müller, der durch ein Preis-ausschreiben der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz zu seiner Arbeit angeregt wurde, nähern sich vielfach den Wünschen, die wiederholt von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Eisenbahnen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zum Schutz der Hüttenarbeiter gestellt worden sind. Müller meint an, daß in manchen Hütten die einfachsten sanitären Forderungen unberücksichtigt nicht erfüllt seien. Weder sei für Rauch- und Staubabzug gesorgt, noch für regelmäßige Anfeuchtung des staubreichen Bodens. Müller betont, daß die größte Gefahr, Bleivergiftet zu werden, den Hüttenarbeiten durch Einatmen des den Ofen umströmenden stark bleihaltigen Rauchs drohe. Nach den Untersuchungen des Ingenieurs nehmen die Arbeiter im unmittelbaren Ofenbetrieb circa viermal so viel Blei durch Atmung ein als durch Übertragung durch die Hände. Am empfindlichsten werden daher möglichst rauch- und staubfreie Arbeitsräume gefordert. Müller hebt auch hervor, daß neben guten Werkzeitleistungen eine gute, kräftige Nahrung der Arbeiter widerstandsfähiger gegen Bleivergiftungen mache. Eine gute, kräftige Nahrung aber ist bedingt durch einen guten, auskömmlichen Lohn. Da haben's gewollt. Um so mehr, als die Arbeiter in Blei- und Zinkhütten nur äußerst schwer den Weg zur Organisation finden können. Dabei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß auch ein konstanter bleibender Lohn bei der fortgesetzten Verteuerung der Lebenshaltung in Wirklichkeit einen starken Rückgang und eine Verschlechterung der Lebenshaltung bedeutet. Mit der Verschlechterung aber auch eine Erhöhung der Gefahr, Bleivergiftet zu werden. Müllers begehrt die Arbeiter in Blei- und Zinkhütten, die sich der Organisation fernhalten, eine schwere Verurteilung an sich und an ihren Familien, und wer die Hüttenleute beunruhigt von der Organisation fernhält oder ihnen durch Falsch- und Preisverleumdungen die Möglichkeit, sich gut zu nähren, noch mehr verringert, begeht ein Verbrechen an der Gesundheit der Blei- und Zinkhüttenarbeiter.

Müller hat in dem von ihm verwalteten Betrieb den Badezwang eingeführt. Die Arbeiter können sich eine Viertelstunde vor dem eigentlichen Schichtanfang baden, Saife und Handtücher werden umsonst geliefert. Recht verständigweise erklärt der Ingenieur, wenn man den Badezwang einführt, müsse man den Leuten auch das Baden außerhalb der dienstfreien Zeit ermöglichen. Wir glauben aber kaum, daß Müller viele freiwillige Badegänger hat.

Müller kommt zu dem Schluß, daß in den Hütten in gesundheitlicher Hinsicht leider noch recht viel zu tun übrig bleibt und er weist darauf hin, daß sich nach seinen Erfahrungen die Aussagen für sanitäre Maßnahmen auch für den Unternehmer lohnen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß Bleihütten so eingerichtet werden können, daß Bleiverunreinigungen der Arbeiter seltene Zufälligkeiten werden.

Haben wir so erfahren, wie es gut sein könnte, so wollen wir in einem zweiten Artikel darauf hinweisen, wie es nach den Jahresberichten der Fabrikinspektoren vom Jahre 1909 heute noch in den Blei- und Zinkhütten mit der Gesundheit der Arbeiter bestellt ist.

„Affordsystem“ in der Schwermetallindustrie.

Aus Lothringen wird uns geschrieben:

Umweit der Stadt Longwy, bei dem Ort Dommeville, liegt eines der Hüttenwerke der Firma Le Gallais-Rey & Co. (Ein Hüttenwerk derselben Firma liegt auch bei Esch). Das Dommeville-Werk, das durch den Bau eines Stahls in den letzten Jahren bedeutend erweitert wurde, beschäftigt sich außer der Produktion der verschiedenen Stahlsorten, des Bleis und des Zinkbleis, mit der Herstellung von Elektroblei als bester Spezialität. Der flüssige Rohguss aus dem Schmelzwerk in eigens konstruierten Elektroöfen in eisernen Stahlfässern umgeben. Ein Produkt also, hergestellt aus der letztgenannten Legierung des bis 35prozentigen Zinkbleis, die vor wenigen Jahrzehnten, vor der Erfindung des Bleis, kaum vorstellbar war der Erzeugung eines widerstandsfähigen Rohmaterials. Das Dommeville-Werk untersteht aber auch dem gewöhnlichen Hüttenbetrieb der Herstellung der verschiedenen Stahlsorten in der Zehnfach, der stetigen Verbesserung der Produktionskraft nach den Wünschen, für die Arbeiterchaft nach ein besonderes Interesse. Das Werk ist seit langem mit dem Eisenwerk Reber, Affordgesellschaft zu einem in der Welt, eine Interessengemeinschaft eingegangen. In der Generalversammlung des Eisenwerks Reber wurde die beschlossene Ehe mit Le Gallais-Rey & Co. angeschlossen mit dem Hinweis, daß das Dommeville-Werk die von Reber zur Weiterverarbeitung benötigten Rohstoffe „unabhängig“ und in „ausgezeichnetster Beschaffenheit“ hergestellt und zu liefern vermöge. Reber glaubte, durch seine gut angeordnete Verhältnisse den Betrieb der Fertigungsfähigkeit in der ganzen Welt zu gewährleisten. Und Le Gallais-Rey & Co., als der wichtigste finanziellste der beiden Teile, der Rohstoff-Reber, in der Fertigung der großen Teile, wird es in dem Werk auf 5% Jahre bestimmten Betrag wohl verstanden haben, entsprechend des Gewinns, das er in die Rohstoffe zu werfen in der Lage war, aus den angeführten guten Verbindungen des Eisenwerks Reber sich Nutzen zu garantieren. Wir haben es also mit einer neuen unmittelbaren Interessengemeinschaft von der Gewinnung des Rohmaterials bis zur Erzeugung der fertigen Werkzeuge zu tun. Es kann man leicht sehen, wenn man den Arbeiterstandpunkt aus den Augen faßt, daß der Lohn, der nach der Handelspraxis für das Eisenwerk Reber festgesetzt wurde, gegenüber dem Dommeville-

Werk Rohlohn das Produkt „unabhängig“ günstig“ und „ausgezeichnete Beschaffenheit“ anzuwenden. Zum Teil ergibt sich ja die Antwort schon aus der technischen Vollkommenheit des Betriebes, den billigen Herstellungskosten (vielleicht 20% billiger) der Minette. Die Verwendung teurer ausländischer Erze ist beim elektrischen Stahlerstellungsvorgang nicht mehr die Voraussetzung zur Güte des gewonnenen Fertigproduktes. Keine Wirkung ohne Ursache, das „unabhängig günstig“ ist auch bedingt durch die Form und Art der Entlohnung der Arbeiter im Elektrobleiwerk.

Ein Stamm von einheitlichen Arbeitern, geleitet in der Herstellung des neuen Fabrikates, war zur Aufnahme und richtigen Bewerksstelligung der Arbeit nicht vorhanden. Die, auf die man in erster Linie angewiesen ist, die sich nicht ohne weiteres anlernen lassen, die Hammermeister, Pressmeister, verschiedene Ofenleute, holte man eben aus Steiermark. Die Arbeit der Leute besteht in der Hauptsache darin, daß in kontinuierlichem Verlauf der fertige Elektrobleiblock nach Verlassen des Ofens zuerst in die Hände des Pressmeisters gelangt, der nun mit 7 Hilfskräften (Pressführer, Presshelfer etc.) für die Verarbeitung des Rohblocks in die ersten kleineren, jedoch noch groben Formen zu sorgen hat. 3000 Kilogramm werden so von den Pressleuten pro Schicht verarbeitet. Nunmehr beginnt die Tätigkeit des allehrwürdigen Berufes des Hammermeisters. Von ihm werden die noch immer mehr oder weniger plumpen und ungeschlachten Stücke in eilere Formen geformt. Als der feinste Qualitäts- und Werkzeugstahl in allen möglichen Positionen verläßt das Produkt die kühne Hand des Meisters. Je nach den Arten werden hier bei dieser Arbeit nur 200 bis 300 Kilogramm pro Tag fertiggestellt, jedoch sind dabei zwei Hammermeister nebst Hilfskräften engagiert, während, wie wir sahen, 3000 Kilogramm von einem Pressmeister pro Tag bearbeitet werden.

Nun zur Entlohnung. Wir sahen den Pressmeister mit 7 Hilfskräften an der Arbeit, jeden der Hammermeister mit zwei Gehilfen, einen Hammerhelfer und einen Hammerführer. Der das Ganze leitende Hammermeister schiedet bei der Lohnfrage aus, da er Monatsgehalt bezieht. Es erhält nun nicht jeder einzelne Arbeiter einen bestimmten festgesetzten Lohn, sondern für die gesamte Tagesleistung — je der Press- und Hammermeisterkolonne — wird ein gemeinsamer Betrag festgesetzt, der allerdings dann nach einem von der Verteilung erdachten Schema an die einzelnen Leute, je nach den Kunstfertigkeiten, die die einzelnen Arbeiter verlangen, differenziert zur Verteilung kommt. Jeden Abend gelangt vom Betriebsbureau, dem die Buchungen der Produktionszahlen obliegen, ein sogenannter Tagesausweis zum Vorsteher, auf dem die geleistete Tonnenzahl nebst genauer Verdienstsquote vermerkt ist. Die Lohnzahlung ist halbmündlich. Laut Ausweis hatte die Presskolonne in der ersten Dezemberhälfte des vergangenen Jahres 672 Franken verdient. Nach der Verteilungsskala des Wertes sollten davon auf den Pressmeister 25 Prozent oder 168 Franken entfallen, er erhielt jedoch nur 157 Fr. In die noch verbleibenden — bei rechtmäßiger Auszahlung — 504 Fr. hatten sich noch zu teilen: 4 Presshelfer, 1 Pressführer nebst 2 Ofenheizern. Diese erhielten jedoch nicht 504, sondern nur 419 Fr. Je nach dem Charakter der durch den einzelnen zu verrichtenden Arbeit war von diesen Leuten durch das Weniger von 85 Fr. der eine mehr, der andere weniger überverteilt. Acht Arbeitern in 14 Tagen 96 Fr. — 76,80 M. vom monatlich zugesicherten Lohne weggewaschen, dazu besitz die Firma Le Gallais-Rey & Co. die nötige — Gewaltskraft.

Man sieht, liegen die Dinge bei den Hammerleuten. Wie schon erwähnt, schiedet der Hammermeister — er bezieht ganze 300 M. Monatsgehalt — bei der Entlohnung aus. Einer der beiden Hammermeisterkolonnen hat nach dem Tagesausweis mit seiner Kolonne 283 Fr. zu beanspruchen. Davon hat der Schmelz 50 Prozent — 141,50 Fr., der Hammerhelfer vom Verbleib 30 Prozent — 84,90 Franken, der Hammerführer den Rest mit 20 Prozent — 56,60 Fr. zu erhalten. Man beachte: es ist Lohn für 14 Tage! Anstatt seiner 141,50 Fr. erhält der Hammermeister 135,40 Fr., der Hammerhelfer 59 statt 84,90, der Hammerführer 28 anstatt seiner ausgerechneten 56,60 Fr. (O Mensch, erpöme nicht! Die beiden Leuten, denen man den Lohn um ein Drittel bis zur Hälfte beschlagnahmt, sind Einheimische, Longwyer, also Leute, deren ständiger Wohnsitz in der Gegend — etwas von einer „Nation“ können wir bei größter Objektivität bei dieser Sorte Zweifler nicht entdecken — bereits so hochgradig geworden, daß sie in dem schiefen Ständebildern einen „Preisler“ sehen und — falls sie in Ruhestellung von 15 bis 20 Mann sind — sogar eine Anweisung auf ihn zu unternehmen imstande sind.) Bei den drei Hammerleuten ein Mißverhältnis gegenüber den Nachweisen, also von 60,60 Fr., den Abzügen der Presskolonne in der gleichen Zeit zugerechnet, ergibt sich ein Betrag von 135,60 Fr. — 125,28 M. 11 Arbeitern wurden halbmündlich 125,28 M. rechtmäßig verdienter Lohn vorenthalten — in der Zeit ein Knäuel, das fortgesetzt, im Jahre 3006,72 M. einbringt. Da auf die Abteilung des Pressmeisters jedoch zwei Hammermeisterkolonnen entfallen, diese beiden Kolonnen auch der Lohnauszahlungspraxis ausgesetzt sind, so erhöht sich demgemäß der Jahresbetrag auf 4170,24 M. Bei der Berechnung ist der Abzug um in Höhe der einen Lohnabrechnung zugrunde gelegt; der Abzug ist aber Schenkungen unterworfen, die meistens zumgunsten der Arbeiter ausfallen. An dem Lohne von 14 Arbeitern, der oben, wie aus dem Angeführten ersichtlich, sehr niedrig ist, noch über 4000 M. extra abgezogen, diese Maßnahme auf die 800 bis 1000 Arbeiter des ganzen Werkes angewandt, muß sich ziemlich leicht verstehen.

„Unabhängig günstig“ und in „ausgezeichnetster Beschaffenheit“ ist der Finger Affordsystem (Le Gallais-Rey & Co.) imstande, seine Rohstoffe zu produzieren. Unter Berücksichtigung der belebtesten Umstände, unter denen Fabrikation und Aufbereitung durch die beteiligte Arbeiterchaft nur sich geht, allerdings kein Wunder. Trotz der hohen Mittel der ihrer geringsten Erzeugnisse haben die eigentlichen Hersteller alle Ursache, mit allem Ungut zu sein. Die besten Ausrichtungen des Kapitals lassen den Wagnis des Arbeiters für eine erste immer noch leer. Was sagt der Kapitalist nach Recht oder Unrecht? Nur das, was er geben muß, geben muß unter dem Zwang der Umstände, das gibt er. Solche Dinge, wie die in unseren Darlegungen gekennzeichneten, sind in derselben Form im Bergbau doch schon einmal gemacht worden. Was beim Schmelzwerk vorher festgesetzt ist, erhält der Bergmann auch. Ist die Vergütung nach dem sehr verbesserten Bedürfnis, so ist sie doch schon ein beträchtliches Stück höher als die sonstige Bundesratsbestimmung zum Schutze der Arbeiter in der Gewerbetreibenden. Die Bergarbeiterchaft ist sehr glücklich, jedoch in denselben Maße besser wie die Schutzbestimmung für die Hüttenarbeiterchaft, wie es die Vergütung verstanden haben, ihrer Organisation größere Ausdehnung und Stoffkraft zu verschaffen. Erst der letztere Zusammenhang nach der Hüttenleute wird das Mittel werden, nicht nur gegenüber der Arbeiterchaft, sondern auch unmittelbar den Arbeitgebern das Recht nach dem Willen des Meisters zur Stellung zu bringen. Warum nicht in großen, ausgedehnten Betrieben gearbeitet, gearbeitet den Leuten? Es ist bekannt, weil der, der arbeiten läßt, die hergestellten Produkte zum persönlichen Bedarf selbst braucht. Nein,

weil die ganze übrige Menschheit Bedürfnisse hat! Wenn kein Verbrauch vorhanden, würde ein Geschäft zu machen nicht möglich sein, also ist der Verbrauch die Hauptfrage. Warum muß nun, weil die ganze Menschheit Ansprüche hat, ein einziger oder bestmöglicher, der Geschäft dadurch machen? Leute, die doch nur durch das blinde Warten des Zufalls an ihren Platz gestellt sind! Die Geschäfte machen unter Formen und Umständen, die, wie die Affordsysteme in der Eisenindustrie zeigen, einfach ein Skandal sind!

Die Lohnkämpfe der schweizerischen Metallarbeiter im Jahre 1910.

Die Wirtschaftslage der Schweiz war im Jahre 1910 eine bessere als 1909, aber von einer völligen Gesundung des wirtschaftlichen Lebens konnte man dennoch nicht reden und ungefähr so ist die Situation auch heute noch. Der Außenhandel der Schweiz betrug 1910 in der Einfuhr 1713,8 (1909: 1602,1) und in der Ausfuhr 1195,8 (1097,6) Millionen Franken, ist also bedeutend größer gewesen als im Vorjahr, wobei aber die ohnehin bedeutendere Einfuhr mehr gestiegen ist als die Ausfuhr. Die Zahlen sind Rekordzahlen, sie stellen die bisherigen Höchstzahlen in der schweizerischen Handelsstatistik dar.

Speziell die Maschinenindustrie hatte eine Einfuhr von 84 gegen 75 und eine Ausfuhr von 73,07 gegen 66,66 Mill. Franken im Jahre 1909 zu verzeichnen, also eine nicht unbedeutende Steigerung in beiden Abteilungen, in der ohnehin größeren Einfuhr aber in höherem Maße als in der Ausfuhr.

Der weiteren Zunahme des schweizerischen Außenhandels entspricht auch eine Erhöhung der Zollentnahmen, die von 74,39 Millionen in 1909 auf 80,66 Millionen in 1910, um mehr als 6 Millionen gestiegen sind.

Unter diesen Umständen gestalteten sich die Beschäftigungsverhältnisse in der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie etwas günstiger, wenn auch noch immer nicht auf der ganzen Linie befriedigend. Einen belebenden Einfluß übte die erhöhte Bautätigkeit in den größeren Städten aus, während in der Maschinenindustrie neben gutbeschäftigten Betrieben auch solche zu verzeichnen waren, in denen erst dann die Wirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise von 1907 zur Geltung gelangten. Die schweizerische Metallarbeiter-Zeitung konstatiert, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter die Höhe von 1907 noch immer nicht erreicht hat.

Dennoch führten die Metallarbeiter mehr Lohnkämpfe durch als in den beiden vorangegangenen Jahren 1909 und 1908, wozu die fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung mächtig drängte. Die Gesamtzahl der Lohnkämpfe belief sich im Jahre 1910 auf 87 (1909: 66) mit 9757 (5185) Beteiligten. Von den 87 Lohnkämpfen führten 11 zu Streiks und 2 zu Aussperrungen und auf diesen 13 offenen Kämpfen waren zusammen 1418 Arbeiter in 190 Betrieben beteiligt; auf die 74 Lohnbewegungen entfielen 8339 Arbeiter in 382 Betrieben. Die von den Arbeitern gestellten Forderungen betrafen: 57mal für rund 2000 Arbeiter Arbeitszeitverkürzung, in 110 Betrieben für 3000 Arbeiter Lohnerhöhung, in 40 Betrieben für 650 Arbeiter Festsetzung eines Minimallohnes, in 6 Betrieben mit 1700 Arbeitern Regelung des Arbeitsfortschritts, in 360 Betrieben mit 1712 Arbeitern Abschluß eines Tarifvertrages. In 12 Betrieben mit 673 Arbeitern mußten Forderungen hygienischer Art gestellt werden; in 5 Betrieben mit 230 Arbeitern wurde sogar Verbesserung von Maschinen und Werkzeugen verlangt. Die letzten Forderungen lassen die Rückständigkeit und Rücksichtslosigkeit mancher Unternehmer erkennen, die nur darauf bedacht sind, so schnell als es nur geht so viel als möglich zusammenzuraffen und die in ihrer Gabsucht nicht einmal Aufwendungen für technische Verbesserungen machen wollen, sondern mit Maschinen und Werkzeugen, die längst ins alte Eisen gehört hätten, die Arbeiter bei langer Arbeitszeit und schlechten Löhnen aufs Schändlichste ausbeuten.

In 11 Fällen mußten 2200 Arbeiter gegen die Entlassung von Arbeitsbrüdern, zumteil wegen Verbandszugehörigkeit oder Tätigkeit für den Verband, Stellung nehmen. In 7 Fällen mit rund 400 Arbeitern galt es direkt, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren; dabei sind aber die Fälle nicht inbegriffen, wo es infolge der Aufmerksamkeit und Schlagfertigkeit der Arbeiter beim bloßen Versuch geblieben ist. In 4 Fällen mit 444 Arbeitern kam es wegen Ablehnung von Streikarbeit zum Konflikt. Diese lange Liste allein zeigt schon, wie dringend nötig die Gewerkschaftsbewegung ist, wie elend tief unsere Lebenslage herabgedrückt wurde, wenn wir keine Organisation hätten.

Erfreulicherweise hatten die meisten Kämpfe für die Arbeiter Erfolg und brachten sie in der Besserstellung der Arbeitsbedingungen wieder um einen Schritt weiter. Von den Lohnbewegungen verliefen 39 ganz erfolgreich, 30 hatten einen Teilerfolg und 7 waren ohne Erfolg; von den Streiks und Aussperrungen endeten 3 mit vollem, 3 mit partiellem, 4 ohne Erfolg und 1 war am Jahreschlusse noch nicht beendet.

Die Errungenschaften bestanden in Lohnerhöhungen von 3844,24 Franken pro Woche für 2440 beteiligte Personen; der durchschnittliche Anteil einer Person an dieser Summe schwankte zwischen 30 Cts. und 2,60 Fr. pro Woche. Auf das Jahr berechnet ergibt sich eine Gesamtsumme der Lohnerhöhungen von rund 200 000 Franken. Arbeitszeitverkürzungen wurden 1868 Stunden für 861 Personen pro Woche, 100 000 Stunden pro Jahr, erreicht. Der Anteil des einzelnen Arbeiters an der Arbeitszeitverkürzung bewegte sich zwischen 1,7 bis 6 Stunden, im Gesamtdurchschnitt 2 Stunden pro Woche. In Zürich errangen die Elektro- und Heizungsmechaniker wie Installateure durch Streik den Neunfundentag.

Für 1282 Arbeiter wurden Tarifverträge abgeschlossen. Auch in dieser Richtung brachte das Jahr 1910 einen hübschen Fortschritt. Dazu kommen noch eine ganze Reihe anderer Zugeständnisse, wie Regelung der Arbeitszeit, Beseitigung von Mißständen, Entschädigung für Überzeit- und Nachtarbeit, Werkzeug- und andere Entschädigungen, Zurücknahme von Kürzungen, Festsetzung von Mindestlöhnen, Verbesserung hygienischer Einrichtungen, Verbesserung von Maschinen und Werkzeugen, Abschaffung des Unfallabzuges und anderes für rund 4000 Arbeiter.

Die Kosten der Lohnkämpfe im Jahre 1910 bestanden in dem Verlust von 40 000 Arbeitstagen infolge der Streiks und Aussperrungen, im Entgang von 200 000 Franken an Arbeitslöhnen und in den Ausgaben der Organisation von 145 593,60 Franken zur Unterstützung der Streikenden und Aussperrten.

Was das Verhältnis der an den Lohnkämpfen beteiligten Arbeiter zur Organisation betrifft, so waren von den 9757 6629 organisiert und 3128, also ein schwaches Drittel, unorganisiert. Da 1908 sich 5058 Organisierte und 3943 Unorganisierte gegenüberstanden, so hat sich das Verhältnis im Vorjahr zugunsten der Organisation gebessert.

Da, wie einleitend dargelegt, die Wirtschaftslage der Maschinenindustrie in der Schweiz noch immer keine befriedigende war, so sind die errungenen Errungenschaften um so schätzbarer und können unsere schweizerischen Freunde mit Genugtuung auf das Jahr 1910 zurückschauen.

Wie lebt der russische Metallarbeiter?

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen des russischen Proletariats sind sehr wenig bekannt. Die Statistik in Russland liegt überhaupt noch im Argen. Das Meisten hat bis heute weder eine Berufs- noch eine zuverlässige Bevölkerungsstatistik. Die einzige Bevölkerungs- zählung, die in Russland überhaupt stattfand, war die Zählung von 1897. Seit der Zeit wiederholten sich die Volkszählungen nicht. Und sogar diese einzige Zählung war so schlecht organisiert und die Angaben bei der Zählung waren so ungenügend bearbeitet, daß man sich auf dieses Material nur sehr wenig verlassen kann. Berufs- und Bevölkerungsangaben gab es in Russland bis jetzt überhaupt nicht. Einige Angaben über die berufliche Zusammensetzung des russischen Volkes kann man freilich in amtlichen und privaten Quellen finden, aber die sind begreiflicherweise sehr lückenhaft und nicht ganz zuverlässig.

Wenn so die Verhältnisse in Bezug auf die Bevölkerungs- und Berufsstatistik liegen, kann man leicht verstehen, wie es mit der Untersuchung der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse steht. Die russischen Staats- und Kommunalbehörden stellen es immer für vollständig überflüssig, sogar für gefährlich, die Lebensbedingungen der Arbeiter etwas näher zu erforschen. Bis Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war man in den maßgebenden Regierungskreisen ja sogar der Ansicht, daß die sogenannte „Arbeiterfrage“ bloß in dem versuchten Meßstein existiert.

Nur die Revolution änderte diesen Zustand etwas. Es ist den jungen russischen Gewerkschaftsorganisationen, die nach dem Jahre 1905 entstanden sind, zu verdanken, daß wir heute etwas über die Lebenslage der russischen Arbeiter wissen. Es versteht sich von selbst, daß die statistischen Erhebungen der Gewerkschaften sehr lückenhaft und ungenügend sind und nur einen kleinen Bruchteil der Arbeiterklasse umfassen. Aber sie sind doch das einzige Material, das einen Lichtstrahl auf die Lebensverhältnisse der Millionen der Proletariat wirft und wenigstens eine Vorstellung, ein annäherndes Bild über diese Verhältnisse gewinnen läßt. Unter den statistischen Erhebungen der Gewerkschaften nimmt zweifellos den ersten Platz nach Umfang und Bedeutung die Untersuchung ein, die im Jahre 1907 vom Petersburger Metallarbeiterverband veranstaltet wurde. Diese erstreckte sich auf 7596 Mitglieder dieser Organisation (also circa 10 Prozent der gesamten Petersburger Metallarbeiterklasse). Es ist nicht ohne Interesse auch für die deutschen Fachkollegen, einige Schlussfolgerungen dieser Untersuchung kennen zu lernen.

Die zwei wichtigsten Fragen, die bei der Beurteilung der ökonomischen Lage jeder Arbeitergruppe in allererster Linie in Betracht kommen, sind die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse. Noch vor 15 Jahren betrug die Arbeitszeit in der Petersburger Metallindustrie durchschnittlich 11 bis 12 Stunden pro Tag. 1894/95 war die wöchentliche Arbeitszeit in den 89 Eisengießereien und Maschinenfabriken mit zusammen rund 14 000 Arbeitern 60 bis 72 Stunden, in den 2 Holz- und Drahtfabriken mit 2000 Arbeitern 66 bis 72 Stunden, in den 13 Fabriken der elektrischen Apparate und Maschinen 74 bis 78 Stunden. Seit der Zeit aber trat eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit ein. Die fortschreitende technische Entwicklung und der zähe Kampf der Arbeiterklasse haben die Unternehmer gezwungen, die skandalösen Verhältnisse, die in den Betrieben der Metallindustrie herrschten, etwas zum Besseren zu ändern. Im Jahre 1902 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit der Petersburger Metallarbeiter 10,9 Stunden pro Tag. Die Revolution von 1905 brachte ihnen weitere Erfolge in dieser Beziehung und führte zur allgemeinen Anerkennung des Achtstundentages. In vielen Betrieben gelang es damals, den neun- und sogar den achtstündigen Tag zu erobern. Außerdem wurde fast überall der sogenannte „englische Sonnabend“, das heißt Schließung der Betriebe am Sonnabend um 2 Uhr nachmittags, eingeführt. Es verschwanden auch die Strafen für Verspätung, Verlassen der Werkstätte fünf Minuten vor dem Arbeitschluss etc.

Nun kamen bekanntlich nach der Revolution die Gegenrevolution und die ökonomische Krise. Die Unternehmer haben es versucht, diese Zeit zum besten für sich auszunutzen, alle Errungenschaften der Arbeiterklasse während der Revolutionsstage wieder zunichte zu machen. Die Arbeitszeitverlängerung bis zur früheren Grenze schwebte vielen von ihnen als eine Ehrenfrage, als ein Gebot der kapitalistischen Würde vor. Aber dieser Plan ist nicht Wirklichkeit geworden. So niedergedrückt und ermüdet von den Revolutionskämpfen die Petersburger Metallarbeiterklasse auch war — sie hat doch in sich genug Kraft und Mut gefunden, um der Arbeitszeitverlängerung einen kräftigen Widerstand zu leisten. Dieser Versuch des Unternehmertums blieb im großen und ganzen erfolglos und es mußte sich schließlich mit einer kürzeren Arbeitszeit wohl oder übel abfinden. Freilich suchten die Fabrikanten den kurzen Arbeitstag durch Erhöhung der Intensität der Arbeit und durch Einführung der Ueberstunden „unschädlich“ zu machen — die alten Zeiten lebten jedoch nicht zurück.

Nach den Angaben des Petersburger Metallarbeiterverbandes war die Arbeitszeit in den 43 Betrieben mit rund 42 000 beschäftigten Personen (etwa die Hälfte der Petersburger Metallarbeiterklasse) zurzeit der Untersuchung folgende:

Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter	Arbeitszeit pro Tag	Arbeitszeit (in Stunden) Sonnabend	pro Woche
4	800	8	8	48
2	75	8 1/2	5 1/2	48
15	9950	9	6-7	51-52
6	935	9 1/2	7-7 1/2	54 1/2-55
15	20465	10	6 1/2-9	56 1/2-59
1	425	11 1/2	10	67 1/2
43	41850	9,7	7,1	55,4

Wie aus dieser Tabelle zu ersehen ist, herrscht in der Petersburger Metallindustrie im allgemeinen 9- bis 10stündige Arbeitszeit, am Sonnabend ist der Arbeitstag etwas kürzer wie gewöhnlich, so daß die Länge der wöchentlichen Arbeitsdauer 55,4 Stunden beträgt.

Sobiel über die Arbeitszeit. Wenden wir uns jetzt den Lohnverhältnissen zu. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Lohn der russischen Arbeiter bedeutend niedriger ist als der der westeuropäischen. Das trifft vollständig auch für die Petersburger Metallarbeiter zu. Um ein Beispiel anzuführen, bringen wir hier einige Angaben über die Lohnverhältnisse in den Jahren 1885 bis 1905 in dem größten Petersburger Metallindustriebetrieb, im Putilow'schen Werk, das rund 14 000 Arbeiter beschäftigt. Der jährliche Verdienst eines Arbeiters dieses Werkes betrug durchschnittlich: 1885/86 827 R., 1890/91 825, 1895/96 907, 1900/01 995, 1905 1115 R. In zwei Jahrzehnten stieg also der jährliche Lohn eines Arbeiters um 288 R., das heißt um 35 Prozent. Die Revolution kam und änderte sehr viel auch auf diesem Gebiete. — Die Arbeiter der Metallindustrie standen in den Jahren 1905 bis 1907 an der Spitze der Bewegung. Nur in dem einen Jahre 1905 kamen auf die Metallindustrie in ganz Russland 2657 Streiks. Jeder russische Metallarbeiter freilich innerhalb dieses Jahres durchschnittlich 2,7mal, jeder Petersburger Metallarbeiter feierte 46,5 Tage. Das Resultat dieser kolossalen Kämpfe zeigte sich auch in der gewaltigen Steigerung des Lohnes. Wir haben schon gesehen, daß der Verdienst der Putilow'schen Arbeiter in 20 Jahren um 35 Prozent gestiegen ist. Nun änderte sich der Lohn in zwei Petersburger Großbetrieben — Putilow-Werk

(4000 Arbeiter) und Französisch-russisches Werk (2000 Arbeiter) — während der Revolutionsjahre wie folgt: im Putilow-Werk pro Tag: 1904 4,17 R., 1905 4,41, 1906 5,36, 1907 6,17 R.; im Französisch-russischen Werk (mechanische Abteilung) in den gleichen Jahren: 2,94 R., 3,66, 4,75, 5,06 R.

Wir haben leider keine zuverlässigen Angaben über andere Betriebe der Metallindustrie zu Petersburg, aber man kann ruhig behaupten, daß fast überall sich dasselbe Bild ergab. Die Löhne stiegen rapid, sehr häufig sogar ohne Streiks, nur auf festes Verlangen der Arbeiterklasse hin. Aber begreiflicherweise war dieser Triumph nur von kurzer Dauer. Die Gegenrevolution trat ein, und die Unternehmer versuchten sofort ihre Scharte von 1905 auszuweichen. Neben der Arbeitszeitverlängerung wurde die Reduzierung der Löhne aus der Revolutionszeit ihre vornehmste Aufgabe: Einführung des Stundenlohnes an Stelle des Taglohnes, wodurch die Arbeiter den Lohn für 2 bis 3 Sonntagsstunden verloren, starke Reduzierung des Stilllohnes (diese Lohnform herrscht in der überwiegenden Mehrheit der Petersburger Metallindustriebetriebe), Umwandlung der Ueberstunden und des sogenannten „amerikanischen Systems“, Erhöhung der Intensität der Arbeit, Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte etc. Unter solchen Umständen gingen die Löhne sehr rasch herunter und kehrten allmählich fast zum alten Stande zurück. Zur Zeit der Untersuchung stellten sich die Löhne der Mitglieder des Petersburger Metallarbeiterverbandes wie folgt: 3807 Mitglieder (90,1 Prozent) 1,62 bis 3,24 R., 2942 Mitglieder (38,8 Prozent) 3,24 bis 5,40 R., 847 Mitglieder (11,1 Prozent) 5,40 bis 10,20 R.

Der Durchschnittslohn beträgt also 3,61 R. pro Tag, 86,6 R. pro Monat und 1038,7 R. pro Jahr. Es ist dabei zu bemerken, daß sich an dem Verband größtenteils die qualifiziertesten und die bestgestellten Arbeiter beteiligten. Die Untersuchung des Metallarbeiterverbandes stellt aber noch eine sehr interessante Tatsache fest. Sie beweist nämlich, daß die Höhe des Lohnes im engsten Zusammenhang mit der Größe des Betriebes steht: je größer der Betrieb ist, desto höher sind die Lohnsätze. In der Tat betrug der tägliche Durchschnittslohn der Verbandsmitglieder in den Betrieben mit über 1000 Arbeitern 4,97 R., bei 500 bis 1000 Arbeitern 4,32, bei 200 bis 500 Arbeitern 3,55, bei 50 bis 200 Arbeitern 3,55, unter 50 Arbeiter 3,24 R. Um diese Durchschnittszahlen etwas zu veranschaulichen, führen wir noch einige Zahlen über die Lohnhöhe der Arbeiter der fünf folgenden Berufsarten an. Es verdient durchschschnittlich pro Tag ein Eisendreher 4,64 R., ein Schlosser 4,21, ein Gießer 4,21, ein Fräser 4, ein Arbeiter 2,48 R.

Wie aus allen diesen Zahlen ersichtlich, sind die Löhne der Petersburger Metallarbeiter sehr niedrig. Um aber die Niedrigkeit vollständig zu begreifen, muß man noch in Betracht ziehen, daß das Leben in Petersburg kaum billiger als in Berlin ist. Wohl sind die Nahrungsmittelpreise in Petersburg etwas niedriger als in der deutschen Reichshauptstadt, die Mietpreise sind jedoch bedeutend höher. Die Folge des niedrigen Lohnes sind die schlechtesten Wohnungs- und Nahrungsverhältnisse, unter denen die Metallarbeiter zu leben gezwungen sind. Dem Metallarbeiterverband standen zur Zeit der Untersuchung 110 Haushaltungsbudgets der Arbeiter der betreffenden Industrie zur Verfügung, die einen Einblick in die Lebensbedingungen der Petersburger Metallarbeiter gewähren. Was sagen nun diese Budgets?

Das erste, was überraschend auf den Leser wirkt, ist die enorme Zahl der Defizitbudgets: nur 30 Budgets sind ohne Fehlbetrag oder mit Mehreinnahmen abgeschlossen, die übrigen 80 (72 Prozent) weisen ein Defizit auf. Dabei übersteigen in 26 Budgets die Ausgaben die Einnahmen um 10 Prozent, in 9 um 10 bis 20, in 15 um 20 bis 30 und in 30 um mehr als 30 Prozent!

Nicht weniger überraschend sind die Wohnungsverhältnisse. Von 110 in Betracht kommenden Arbeitern haben 90 Familien. Von diesen mieten 48 nur ein einziges Zimmer. Von den übrigen, die eine Wohnung haben, vermieten gewöhnlich mehrere ein Zimmer, z. und drängen sich selbst mit 3 bis 5 Kindern in einer Stube zusammen. Einige Familien mieten nur eine Hälfte des Zimmers, einige Ehepaare wohnen in „Winkeln“. — Den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen entspricht alles andere: 43 von den unterjüngsten Arbeitern laufen nur getragene Kleider, 37 borgen Lebensmittel, 27 haben Schulden, einige darunter in der Höhe von 150 bis 200 R.

Wie schon erwähnt, beträgt der Durchschnittslohn eines Petersburger Metallarbeiters 86,6 R. pro Monat. In der Sammlung der Haushaltungsbudgets gibt es eine Gruppe mit den Durchschnittsausgaben in der Höhe von 93,1 R. pro Monat. Beide Zahlen also fallen ziemlich nahe zusammen. Nun ist es nicht ohne Interesse, die Verteilung der Ausgaben in dieser Gruppe der Budgets etwas näher kennen zu lernen. Diese Ausgaben sind: Wohnung 16,4 R. (17,6 Prozent), Ernährung 45,2 R. (48,4 Prozent), Kleidung 10,8 R. (11,1 Prozent), Körperpflege 4,8 R. (5,2 Prozent). Die unentbehrlichsten Ausgaben erfordern zusammen 76,7 R. — 88,3 Prozent. Für alle übrigen Zwecke (geistige und Gesellschaftszwecke, Organisation, Hilfe an die Kollegen etc.) bleiben nur 16,8 R. — 17,7 Prozent. So ist das Haushaltungsbudget eines ledigen Arbeiters. Die Budgets der verheirateten Arbeiter sehen bedeutend schlechter aus. In einer Arbeiterfamilie mit 2 bis 3 Kindern unter 14 Jahren verschwindet das Defizit nur bei dem monatlichen Einkommen von über 130 R. Die Familien mit über 3 Kindern unter 14 Jahren kommen sogar bei dem noch höheren Einkommen aus dem Defizit nicht heraus.

So leben die Petersburger Metallarbeiter, wenn sie Arbeit haben. Über in den letzten Jahren war die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie enorm. Nach der Schätzung der bürgerlichen Blätter waren im Januar 1906, als viele Betriebe nach dem Dezembergeneralfest von 1905 noch geschlossen blieben, 37 000 Metallarbeiter (circa 43 Prozent der Gesamtmetallarbeiterklasse Petersburgs) arbeitslos. Freilich ist später diese erschreckende Zahl ziemlich stark zurückgegangen. Immerhin blieb die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1907/08 sehr groß. Eine Vorstellung von ihrem Umfang kann die Tatsache geben, daß im Jahre 1907 32,8 Prozent und im Jahre 1908 31,1 Prozent aller Mitglieder des Metallarbeiterverbandes arbeitslos waren. Dabei war die Arbeitslosigkeit in der Regel sehr andauernd. So zum Beispiel setzten von 1892 arbeitslosen Kollegen: bis zu 1 Monat 704 (10,6 Prozent), von 1 bis 3 Monate 429 (22,7 Prozent), von 3 bis 6 Monate 295 (15,5 Prozent), von 6 bis 12 Monate 286 (15,1 Prozent), über 12 Monate 71 (3,7 Prozent), unbekannt 45 (2,4 Prozent). Es ist interessant auch festzustellen, daß 42,5 Prozent aller arbeitslosen Verbandsmitglieder im Jahre 1907 gemäßregelt wurden: das war die Klage des Unternehmertums für seine Erniedrigung während der Revolution.

So ist die Lage der Petersburger Metallarbeiter, soweit das spärliche und lückenhafte Material der Verbandsuntersuchung darüber eine Vorstellung geben kann. Die Lebensbedingungen der Metallarbeiterklasse in anderen Teilen von Russland sind zweifellos noch etwas schlechter, als die in der Reichshauptstadt. Die angeführten Zahlen zeigen deutlich, daß vor den russischen Gewerkschaften in der Metallindustrie noch ein unendliches Feld zäher und mühsamer Arbeit liegt. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß in Russland bald die politischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die diese äußerst notwendige Arbeit ermöglichen. W. A. S. I. h.

Streik auf der Schichauwerft in Danzig.

Die Werftarbeiterbewegung im vorigen Jahre hatte die Nordsee- werften und von der Spitz See hin und Kistod umfaßt. Es sind dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nur nennenswert materiell verbessert worden, es ist dabei auch eine Regelung solcher vollkommen anarchischer Zustände und die Anerkennung der Organisationsfrage durchgesetzt worden. Diese wichtigen Grundlagen für die ferneren Verbesserungen der Zustände auf den deutschen See- schiffswerften fehlen für Danzig und Elbing noch vollständig. Die Firma J. Schichau hat als Privatbetrieb (nun Aktiengesellschaft) zwei Werften, eine in Elbing und eine in Weigendorf, eine in Danzig. Die Danziger Zweigniederlassung ist errichtet worden, weil der für den Stapelauf notwendige Liegeplatz im Elbingfluß nicht gegeben war. Daher ist der Betrieb derart geteilt, daß in Elbing Torpedoboots (gleich dazwischen für alle Nationen), Kesselbau, Schiffsmaschinen- und Lokomotivbau betrieblen wird, während in Danzig der Schiffsbau für größere und größte Handels- und Kriegsschiffe bis zum schwersten Panzerschiff die Werftstätigkeit bildet.

Die Danziger Arbeiterklasse hat nun gleich nach Abschluß der großen Werftarbeiterbewegung den Weg zur Organisation gefunden und sich um Regelung der Arbeitsverhältnisse und Verbesserung des Einkommens mit mehr als beispielhaften Forderungen an die Betriebsleitung gewandt. Diese Forderungen schließen sich im wesentlichen dem an, was die anderen Werften bereits bereits bewilligt haben. Es wird gefordert:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, Sonnabends 8 1/2 Stunden.
2. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist 2 Stunden früher Feierabend.
3. Es werden Mindest- und Einstellungslohn eingeführt. Diese betragen pro Stunde für: Schiffbauer 33 S., Schiffbauarbeiter 30, Schiffbauarbeiter 30, Ritzschmied 35, Ritzschmied 30, Verkleiner 35, Verkleiner 35, Schiffszimmerleute 40, Schiffszimmerleute 35, Schmiede 35, Werkzeugmacher 38, Werkzeugmacher 38, Schiffbauarbeiter 33, Maler 35, Anstreicher 30, Zähler 33, Schmiedehelfer (Hammerführer) 33, Hobler, Bohrer, Fräser und Stoßer 33, Elektriker 35, Kupferschmiede 44, Kupferschmiedehelfer 30, Klempner und Metallarbeiter 36, Verarbeiter 33, Kesselschmiede 35, Kesselschmiedehelfer 30, Blechpanner 40, Maschinenbauer 35, Maschinenbauarbeiter 33, ungelernte Arbeiter aller Art 30 S.
4. Die unter 20 Jahre alten Arbeiter erhalten 10 R. pro Woche, Batmmacher 12 R. pro Woche. Maschinenisten, Setzer und Kranführer erhalten 10 Prozent Lohnzulage. Neueinstellungen nicht unter 35 S. pro Stunde. Ueberstundenzuschlag kommt in Fortfall: Sonntagsarbeit wird wie für alle übrigen Arbeiter mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt. — Arbeiter, die die vorgeschlagenen Löhne oder höhere bereits haben, sollen 5 Prozent Aufschlag erhalten. — Wer entlassen wird oder freiwillig die Arbeit auf der Werft verläßt, bekommt den bisher bezogenen Lohn, wenn er innerhalb eines Jahres wieder eingestellt wird. — Für die Arbeiter, die durch Gewährung der Mindestlöhne nicht wenigstens 5 Prozent Aufschlag erhalten, soll der Lohn um 5 Prozent erhöht werden und so der Mindestlohn darstellen. — Zuschläge von Pfennigen sind in allen Fällen nach oben abzurunden. — Die Arbeitslöhne für durch Alter oder Invalidität minderleistungsfähige unterliegen der freien Vereinbarung von Fall zu Fall.

5. Alfordpreise für Arbeiten, die bisher schon gemacht wurden und sich im laufenden Jahre wiederholen, dürfen nicht herabgesetzt werden. Wo Erhöhung solcher Alfordpreise erforderlich ist, werden die Branchenvertreter dies mitteilen. — Neue Alfordpreise sollen so kalkuliert werden, daß nach Vergleich mit ähnlichen, früheren Arbeiten ein Alfordüberschuss von 33 1/2 Prozent erzielt werden kann. Vor Uebernahme der Arbeit ist der Preis den Arbeitern durch Alfordzettel mitzuteilen und ihnen ein Einspruchsrecht in der Weise zu geben, daß sie bei den Arbeiten, deren Preis ihnen zu niedrig erscheint, ihren Stundenlohn nebst 10 Prozent Aufschlag ausbezahlt bekommen, wenn nicht ein höherer Alford von ihnen erzielt wurde. — Der Ueberverdienst muß für jeden Alford berechnet und zur Auszahlung gebracht werden. Eine Aufrechnung des Alfordüberschusses verschiedener Alford gegeneinander ist unzulässig.

6. Bei Entlassungen oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit sind dem Arbeiter etwaige Alfordüberschüsse unverzüglich auszuhändigen.

7. Die Auszahlung des Alfordüberschusses erfolgt bei allen Alforden nach ihrer Fertigstellung bei der nächsten Lohnzahlung. Bei länger andauernden Alforden werden alle dazugehörigen Alfordüberschüsse auf den verdienten Alfordüberschuss geleistet.

8. Ueberzeitarbeit ist nur in bringenden Fällen zu leisten und wird mit folgenden Aufschlägen vergütet: Ueberstunden 25 Prozent, Nachtarbeit 33 1/2 Prozent, Sonn- und Festtagsarbeit 50 Prozent. Dieser Aufschlag wird sowohl bei Lohn- als Alfordarbeit bezahlt. Als Ueberstunden gelten die ersten beiden Stunden der regulären Arbeitszeit anschließenden Stunden sowie das Arbeiten in den Pausen, soweit dadurch die normale Arbeitszeit verlängert wird. Wird über die ersten beiden Ueberstunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten, als Nachstunden zu entgelten.

9. Es darf kein Arbeiter länger als 18 Stunden hintereinander beschäftigt werden.

10. Mit dem Tage des Eintritts verkürzter Arbeitszeit werden die Löhne für alle Arbeiter so geregelt, daß der früher bei zehn- stündiger Arbeitszeit erzielte Tagesverdienst auch bei der verkürzten Arbeitszeit erreicht wird.

11. Die Lohnzahlungsperiode beträgt eine Woche. Die Lohnzahlung erfolgt Freitag. Wartezeit nach Schluss der Arbeitszeit wird als Ueberstundenzeit bezahlt.

12. Die gesetzlichen Arbeitergesetzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten.

13. Widersprechende Bedingungen der Arbeitsordnung müssen mit obigen Grundsätzen in Einklang gebracht werden.

14. Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht beeinträchtigt werden.

Es ist ersichtlich, daß diese Forderungen in sehr bescheidenen Grenzen gehalten sind. Die Mindestlöhne, die hier gefordert werden, sind durchweg niedriger als die von den anderen Werften schon bewilligten. Nur eine einzelne Branche ragt daraus hervor, und das sind die Kupferschmiede, die im ganzen deutschen Reich schon höhere Löhne errungen haben. Daß um 30 S. Mindestlohn gestreift werden muß, ist bezeichnend für die Zustände in Westpreußen und es ist dabei interessant, daß der Streik ein 85 facher Wille war und daß solche Dinge im Jahre 1911 noch möglich sind! In derselben Stadt Danzig besteht eine Kaiserliche Werft, die 20 bis 50 Prozent höhere Löhne zahlt und die neunstündige Arbeitszeit längst durchgeführt hat. Alle Binnenbetriebe in Danzig zahlen ebenfalls höhere Löhne.

Die Forderungen sind auf Beschluß einer von mehr als tausend Personen besuchten Versammlung durch den Arbeiterausschuß (Franken- schen Vorstand) der Firma mit einem Begleitschreiben eingereicht worden, in dem gesagt wurde, daß man bis 7. April Bescheid wünscht, ob die Firma mit dem Arbeiterausschuß über die Forderungen zu verhandeln bereit sei. Es soll sich um keine bestimmte Erklärung über die Forderungen selbst handeln, sondern nur darum, wann die Firma bereit sei, mit dem Ausschuß in Verhandlung zu treten. Der Termin des Beginnes der Verhandlungen dürfte allerdings nicht über Dienstag den 11. April hinausgeschoben werden.

Am selben Tage, als vormittags der Arbeiterausschuß vorstellig wurde, ist im Auftrag der beteiligten Organisationen durch den Kollegen A. H. I. a. ein Schreiben folgenden Inhalts an die Firma gerichtet worden:

„Die Arbeiter haben mit unserm Einverständnis Ihnen Vor- schläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überreicht.“

Als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war ich in der vom August bis Oktober vorigen Jahres während der Bewegung der Metallarbeiter der Norddeutschen Industrie sowie Stettin und Rostock von der Office beteiligt. Es ist dabei die Erfahrung gemacht worden, daß insbesondere die örtlichen Verhandlungen durch Teilnahme der Organisationsvertreter auf das Beste gefördert wurden. Die Zusammenkunft in Stettin hat in das Protokoll der örtlichen Verhandlungen sogar ausdrücklich die Bestimmung aufgenommen, daß bei ernstlichen Differenzen Vertreter der Organisationsvertreter hinzugezogen werden müssen.

Bei den Vorschlägen, die die Arbeiter Ihnen heute überreicht haben, handelt es sich nun um die durchaus ernstgemeinte ehrliche Forderung, die Verhältnisse in Ihrem Betrieb denen der anderen Betriebe etw. näher zu bringen, es handelt sich aber auch darum, daß der Versuch gemacht werden soll und muß, die Angelegenheit in friedlicher Weise zu erledigen.

Zu diesem Zwecke ist die Teilnahme der Organisationsvertreter an den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß — Krankenlosgeldvorstand — nach unserer Meinung unbedingt notwendig. Bleibt der wirtschaftliche Friede erhalten, so haben beide Teile, Arbeiter und Unternehmer, Vorteile dadurch. Dem Unternehmer kann eine Störung in seiner Produktion so wenig erwidert sein als dem Arbeiter eine Unterbrechung seiner Tätigkeit. Daher richte ich an Sie das höchste Ersuchen, wenn auch nicht alle, so doch wenigstens die Vertreter der meistbeteiligten Arbeiterorganisationen bei den Verhandlungen über die Vorschläge der Arbeiterseite hinzuziehen zu wollen.

Zu den Vorschlägen bemerke ich ganz kurz das folgende: Was die Arbeiter Ihnen vorschlagen, ist im wesentlichen auf allen anderen deutschen Gewerkschaften bereits eingeführt. Die Arbeitszeit ist auf anderen Werken sogar noch kürzer als hier verlangt wird. Die Einkommenslöhne sind auf allen Werken bewilligt und überall höher als hier vorgeschlagen wird. Die Preissteigerung für Lebensbedürfnisse, die hohen Mieten u. dergleichen im Grunde genommen eine viel höhere Steigerung des Einkommens der Arbeiter. Die Regelung der Arbeitszeit wird Ihnen selbst eine Linderung jetzt noch vorkommender Schwierigkeiten ersparen, Dinge, die naturgemäß beim Weiterbestehen des heutigen Zustandes immer unangenehmer werden müssen. Die Höherbezahlung der Überstunden ist auf allen Gewerkschaften längst durchgeführt, nachdem in den Betrieben schon seit langen Jahren Zahlen dieses Systems eingeführt ist. Es liegt nicht etwa in unserer Absicht, die Überstundenarbeit durch Höherbezahlung extra zu belohnen, sondern im Gegenteil, eine Einschränkung dadurch zu erzielen, weil ja dem Unternehmer diese Art der Produktion viel zu teuer wird. Die Einführung der Lohnzahlung am Freitag gibt den Frauen der Arbeiter die Möglichkeit, am Sonnabend die Einkäufe auf dem Wochenmarkt vorzuziehen zu können. Die anderen Forderungen (ad 12 bis 14) sind Selbstverständlichkeiten, die einer Begründung nicht bedürfen. Mit der höchsten Bitte, die Antwort künftighin bald ergehen lassen zu wollen. Hochachtungsvoll (Unterschrift).

Die Firma hat dann dem Arbeiterausschuß zunächst eine Stundrede gehalten. Es sei doch solange alles gut gewesen, Arbeiter und Firma hätten doch nun jahrelang zusammen gearbeitet und gerade jetzt, wo so viel zu tun sei (!), wollten die Arbeiter Störung in den Betrieb bringen. Danach ging der Betriebsleiter, Herr Carlson — Schlichter des Kommerzialrates — in den Betrieb, sprach mit den Meistern und nun wurden 7 Unorganisierte zusammengefaßt, die bestätigen mußten, daß sie den Arbeiterausschuß nicht mit der Streikforderung beauftragt haben. Natürlich beruht das auf Wahrheit, denn in der Versammlung hatten nur die Organisierten Zutritt!

Damit waren die „Verhandlungen“ zu Ende und die Firma sandte dem Arbeiterausschuß die Forderungen zurück mit folgendem Begleitschreiben:

Danzig, den 6. April 1911. An die Vorstandsmitglieder der Betriebskassen der Firma F. Schichau zu Danzig. Das mir überreichte Schreiben nebst Anlage, betreffend verschiedene Vorschläge, sende ich Ihnen beifolgend wieder zurück, und zwar weil die Behauptung, daß Sie im Auftrag der Arbeiter der Firma Schichau gehandelt haben, auf Grund der Rücksprache mit einer Anzahl anderer Arbeiter meiner Werk auf Unwahrscheinlichkeit beruht. Hochachtungsvoll ppa. F. Schichau, Schiffsbau zu Danzig: C. Carlson.

Das Schreiben der Organisation an die Firma war ein geistreiches abgefaßt, auf dem Kuvert aber der Absender nicht nachhaft gemacht. Obwohl also dem Briefe kein Inhalt nicht anzusehen war, wurde die Annahme verweigert, auf die Vermutung hin, daß der Brief von den Organisationsvertretern sein könnte! Er kam postamtlich geöffnet an den Absender zurück!

Dieses Verhalten der Firma war dann selbst den Danziger Metallarbeitern zu Rathe. In einer von mehr als 1200 Arbeitern besuchten Versammlung (nur Organisierte hatten Zutritt) wurde die Angelegenheit weiter behandelt. Die Organisationsvertreter unterzeichneten der Versammlung den Vorschlag, daß nur die Arbeiter des Schiffsbauwerkes zunächst die Arbeit niederzulegen hätten. Das wurde angenommen. Es hatten also nur die in dieser Betriebsabteilung beschäftigten Organisierten Streikrecht. Die Streikzettel wurden — für jede Organisationsgruppe andersfarbiges Papier — beim Eingang gegen Vorlegung der Mitgliedsbücher verabreicht. 700 Mann sind in der Abteilung beschäftigt. Das Resultat der Abstimmung war das folgende: Für den Streik stimmten: Freie Gewerkschaften 506, Christliche Gewerkschaften 131, Sozialdemokratische 13, Polnische Gewerkschaften 11, zusammen 661 Stimmen. Dagegen stimmten ganze 3 Mann! Die Arbeitsniederlegung erfolgte dann am Sonnabend mit Beginn der Arbeitszeit.

Droht nun das Verhalten der der Schichauwerk an die Arbeiter an. Die Elbinger Reueken Nachrichten und der Gröndener Gesellschaft wußten es besser, was die Arbeiter tun würden, sie schrieben die inbegriffenen Sätze:

Seine Lohnbewegung auf der Schichauwerk ist in Danzig. Einige nach Danzig von anderswärts zugewandene Arbeiter erklären, daß einige daselbst wohnhafte, jedoch, um den Arbeitern gegenüber die Berechtigung ihrer Forderungen zu zeigen, seit einiger Zeit in Danzig eine Lohnbewegung zusehender zu verfolgen und durch irreführende Nachrichten in den Provinzialzeitungen nach und nach auch anderswärts den Anschein zu erwecken, als ob durch ihre Forderungen in Danzig schon ähnliche Vorgänge wie vor einem Jahre in Hamburg zustande gebracht worden wären. Wir können heute mit Bezug auf denartige Zeitungsberichte nur mitteilen, daß dem ungenügenden Lohnbewegung auf der Danziger Schichauwerk auch nicht im allergeringsten die Rede sein kann. Es ist den betreffenden Arbeiterkreisen zwar gekannt, eine Anzahl junger Arbeiter, meistens solche, die kaum ein bis zwei Jahre auf der Werk beschäftigt sind, für ihre Sache zu stehen, doch verweist sich die alle angelegene Arbeiterorganisation gegen solche Maßnahmen entschieden, zum Teil in sehr energischer Weise.

Diese Notiz wurde in der am Montag den 10. April, vormittags 9 Uhr, abgehaltenen Versammlung unter einem Sturm von Seiten der Versammlung der Versammlung war von mehr als 700 Mann besucht, denn alle, die am Freitag noch feierten, hatten die Arbeit mit niedergelegt. Man dachte: Der ganze Schiffsbauwerk hat streik, aber die Firma läßt die Zeitungen schreiben, es ist von irgendwelcher Lohnbewegung auch nicht im allergeringsten die Rede!

Das ist nun das einzige Verstehen als Vogel-Strich-Politik der Firma anzusehen. Wir meinen, daß das nicht genügt. Die Firma Schichau ist bekanntlich der Sommergebäude ihrer Arbeiter so übergeben, daß sie nicht annehmen, daß die — was entgegengesetzt — gewählten Arbeiterkreise jemals gegen den Streik streiken könnten, daß dieser Streikschlag sich niemals organisieren könnte. Man hatte im Bureau bei Schichau die feinsten Überzeugungen, daß die Arbeiterbewegung vor ihren Toren steht und daß die Arbeiter dieser Schicht Herrn Carlson auf die Ketten

gefallen sein! Et meinte, ein Bücherbuckel seiner Leute sei organisiert und auch es nun plötzliche erleben, daß es 80 Prozent seiner gesamten Arbeiterschaft sind.

Uebrigens wird schon wieder der Versuch gemacht, die Schuld an dem Streik den Arbeitern zuzuschreiben. Herr Carlson soll zu anderen Personen sich dahin geäußert haben, daß er Verhandlungen gar nicht abgelehnt habe. Wenn der Brief, der oben veröffentlicht ist, und die Tatsache, daß Herr Carlson die Forderungen nicht befreit haben, die Arbeiter zurückgegeben hat, daß er die Annahme des Briefes der Arbeiterorganisationen verweigert hat — wenn diese Tatsachen keine Ablehnung der Verhandlungen darstellen, dann wußten wir nicht, was Ablehnung ist. Die Versammlung der Streikenden hat daher eine Entschlüsselung gefordert, die besagt, daß Herr Carlson nur nötig habe, den Arbeiterausschuß zu laden, denn dieser sei zum Verhandeln bereit. Daselbe gilt von den Organisationsvertretern.

Um kurz zu schließen: Der Streik hat mit einem Schläge eingeleitet, der seine Wirkung nicht verfehlen wird; wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß damit auch Danzig (Elbing) wird in kurzer Zeit nachfolgen) der allgemeinen Metallarbeiterbewegung angegliedert wird, daß auch die Organisation zur Anerkennung kommt und die Löhne aufgebessert werden.

Zum Kampfe in Chemnitz.

Von einer allgemeinen Aussperrung ist es nun ganz still geworden und deshalb ist es als sicher zu betrachten, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller bei der Prüfung der Chemnitzer Streikbewegung zu der Überzeugung gekommen ist: die Forderungen der Arbeiter sind berechtigt. Und es ist auch kein Zweifel darüber, daß die meisten Chemnitzer Metallindustriellen schon eingesehen haben, wie fehlerhaft von der Seite ihres Betriebsverbandes bei der ganzen Bewegung gehandelt wurde. Der Kampf hätte vermieden werden können, wenn sich der Bezirksverband zu Verhandlungen bereit erklärt hätte, die ja nun doch einmal kommen mußten. Mit diesem Gedanken werden sich wohl auch schon die meisten Unternehmer und die Leitung ihres Verbandes längst beschäftigt haben.

Weniger Unternehmer haben große Sehnsucht nach ihren ausgesperrten Arbeitern und suchen sie wieder zur Arbeitsaufnahme zu veranlassen. In jedem Falle entscheidet aber unsere Organisationsleitung, ob dem Wünsche stattgegeben werden kann oder nicht. Auf diese Weise müssen einzelne der Unternehmer erleben, daß sie nicht in die Lage kommen, zu produzieren, während andere Unternehmer, die dieselben gerade zu den größten Scharfmachern gehören, ihnen beständig Konkurrenz zu machen in der Lage sind. Das ist die Situation, die sich die Herren Metallindustriellen durch ihr blödsinniges Drauflosgehen selbst geschaffen haben. Die Organisationsleitung der Metallarbeiter geht in der Frage vorsichtig, von Fall zu Fall erwägend, zielbewußt vor. Die Hauptfrage ist dabei, daß die kämpfenden Metallarbeiter in jedem einzelnen Falle, wenn an sie das Ansinnen der Wiederaufnahme der Arbeit gestellt wird, sich umgesehen im Verbandsbureau den notwendigen Rat holen und keinesfalls vorher allein zu den Unternehmern gehen und sich dort breitzuliegen lassen. Die Wiederaufnahme der Arbeit, gleichviel ob es sich um einen Betrieb handelt, wo gestreikt wird oder ausgeperrt ist, wird als Streik- oder Sperrereignis von der Organisation angesehen, wenn nicht vorher die Verständigung mit der Organisationsleitung erfolgt ist.

Wenn sich wiederholt gezeigt hat, daß die Unternehmer zweifellos die Ausperrung herzlich innt haben und gern ihre Betriebe wieder in vollem Umfange in Tätigkeit setzen würden, so wird sich ganz von selbst die Frage auf, ob sie nicht vernünftiger handeln, eine Verständigung zu suchen, als solche zweifelhafte Versuche zu unternehmen, durch Herinhalten einzelner Arbeiter den Betrieb wieder ins Laufen zu setzen.

Die Chemnitzer Eisengießereibesitzer haben die Gelegenheit der besseren Konjunktur rechtzeitig bemerkt, um sich höhere Gewinne zu sichern. Am 22. November 1910 haben zehn Firmen an ihre Kunden ein Schreiben des Inhalts gerichtet: „In Anbetracht der ab Januar 1911 geltenden wesentlich erhöhten Syndikatspreisen und sonstiger allgemeiner Preissteigerungen sehen sich die unterzeichneten Firmen genötigt, die Verkaufspreise für Lieferungen ab 1. Januar 1911 um 1,50 M. pro 100 Kilo zu erhöhen. Für Stückpreise und höhere Stückpreise tritt gleichzeitig ein entsprechender Anschlag ein. Wir bitten, hierdurch Kenntnis zu nehmen und begreifen Sie hochachtungsvoll (Unterschriften).“ Dieselben Unternehmer, die so für sich sorgen, beschreiben aber den Arbeitern das Recht, Forderungen zu stellen. — Positiv ist es anzusehen, wie sich die Arbeiter „geher“-Zeitung zu der Bewegung stellt. In ihrer Nr. 15 vom 9. April bringt sie einen langen „Situationsbericht“, in dem sie auch das Kartell der drei wichtigsten Bezirksverbände der Metallindustriellen als Schreckgespenst aufwarfen läßt. Sie läßt sich vernehmen:

Wenn die Arbeitgeber die bisherige Energie und Fähigkeit bewahren, wenn sie in belandeter Opferwilligkeit von ihren reichen Kampfsmitteln reiflos Gebrauch machen, so werden sie sicher nicht diejenige Partei sein, welche sich von der Not gezwungen sieht, die Forderungen zu streichen. Hilfsstruppen rücken bereits von allen Seiten heran. In einer Generalversammlung des Leipziger Bezirksverbandes der deutschen Metallindustriellen, der eine Anzahl der Mitglieder des Vorstandes der beiden Bezirksverbände von Dresden und Chemnitz beizubringen, wurde einstimmig zum Zwecke einer noch wirksameren und rascheren Durchführung von Maßnahmen, die speziell schärfste Angelegenheiten betreffen, insbesondere zur gemeinsamen Abwehr von Metallarbeiterstreiks in Sachsen, einstimmig die Vereinbarung der drei Bezirksverbände der Metallindustriellen angeschlossen. Die drei Bezirksverbände Dresden, Leipzig und Chemnitz zu einem Schicksal verbunden und prinzipiell beschlossen. Eine Kommissionskommission, bestehend aus je drei Abgeordneten der drei genannten Bezirksverbände, ist bereits zusammengetreten, um die Grundlagen für die Verständigung festzulegen. Es bedarf keines besonderen Erwähnens, um zu betonen, daß der gegenwärtige Streik in den Eisenwerken in Chemnitz den unmittelbaren Anlaß zum raschen Zusammengehen der drei wichtigsten Bezirksverbände des Verbandes deutscher Metallindustrieller gegeben hat und Hilfsaktionen sich vorbereiten.

Wir sind gespannt darauf, was das für „Situations“-Feind werden.

Es sind inzwischen in einigen Betrieben weitere Arbeitsniederlegungen erfolgt, so bei den Firmen Hermann und Alfred Fischer, Pöge und Phippenow. Diese Firmen hatten Arbeiter ausgesperrt. Die Sozialdemokraten sind, gegen die Sperrbestimmung, bei all diesen Firmen — genau wie die Gelben anderswärts — stehen geblieben. Und eine solche Organisation verlangt, bei ernstlichen Verhandlungen mit hinzugezogen zu werden!

Der Kampf der Metallarbeiter aller Art ist der Chemnitzer Streik zuzugewandt.

Zur I. Generalversammlung.

Die „Einheit“ des Verbandes wird durch eine Beitragskassierung gefährdet, der Verband kommt aus seiner früheren Grundlage auf eine „Kasse“ über — diese und ähnliche Gründe führen die Gegner des Streikbeitrages gegen ihn ins Feld. Daß solche Begründungen bei einer der 29 Gewerkschaften, die eine Beitragskassierung bereits haben, eingetroffen sind, davon hat wohl noch niemand etwas bemerkt. Und deshalb bin ich, wie viele andere Kollegen, der Meinung, daß unser Verband sehr wohl in der Lage ist, den Streikbeitrag einzuführen, ohne etwas von seiner Stabilität zu verlieren. Die Hauptsache ist, daß bei einer Neuauflage des Beitrags darauf gesehen wird, daß der Streikbeitrag mehr Mittel als bisher zur Verfügung stellt. Unter genügender Berücksichtigung der Notwendigkeit und des dem Grundsatze angelehnt, daß die Kollegen mit

höherem Verdienst auch höhere Beiträge leisten können, mache ich folgenden Vorschlag: Es werden drei Klassen eingeführt, und zwar nach dem Verdienst. Die erste Klasse mit einem Beitrag von 50 M. ist für alle Mitglieder mit einem Wochenverdienst bis zu 21 M., die zweite Klasse mit 27 M. Beitrag für die Mitglieder mit einem Verdienst von 21 bis 27 M., die dritte Klasse mit 90 M. Beitrag für alle Kollegen, deren Verdienst 27 M. pro Woche übersteigt. Der Beitrag zu den einzelnen Klassen muß obligatorisch sein. Da nun den Mitgliedern, die einen höheren Beitrag leisten, auch etwas mehr geboten werden muß, empfehle ich, die Erwerbslosenunterstützung in der 50 M.-Klasse um 1 M. herab, in der 90 M.-Klasse um 1 M. hinaufzusetzen, so daß die Unterstützung in der ersten Klasse 5, 6, 7, 8, 9 M., in der zweiten 6, 7, 8, 9, 10 M., in der dritten 7, 8, 9, 10, 11 M. beträgt. Daß bei dieser Regelung die gewünschte Stärkung der Hauptkasse auch tatsächlich eintritt, glaube ich mit nachstehendem beweisen zu können. Aus der vom Vorstand herausgegebenen Broschüre: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Gießereiarbeiter Deutschlands“ ist zu entnehmen, daß von den 56 679 Personen, die von der Statistik erfasst wurden, 12 620 = 22 Prozent bis 21 M., 17 955 = 32 Prozent über 21 bis 27 M. und 26 104 = 46 Prozent über 27 M. Wochenverdienst hatten. Übertragen wir dieses Verhältnis auf den ganzen Verband, was ungefähr zutreffen wird, so ergibt sich, daß der ersten Klasse 22 Prozent, der zweiten Klasse 32 Prozent, der dritten Klasse 46 Prozent der Mitglieder angehören würden. Nun hatten wir im Jahre 1909 bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 365 270 159 867 Erwerbslosenunterstützungsempfänger mit einer durchschnittlichen Unterstützungsdauer von 10 Wochen. Rechnet man diese Zahlen nach den drei Klassen um, so ergibt sich, daß diesen 159 867 Unterstützungsempfängern 22 Prozent = 35 170 1 M. weniger pro Woche erhalten haben würden oder bei 10 Wochen 351 700 M., die 46 Prozent der dritten Klasse = 73 538 hätten 1 M. mehr = 73 538 M. erhalten, die Mehrausgabe hätte also 383 681 M. betragen. An Beiträgen wären bezahlt worden, das Jahr mit 48 Beiträgen gerechnet, in Summa 13 038 797 M., wöhrbeim 60 M. Beitrag nur 10 511 807 M. bezahlt worden stüb. Rechnet man die Mehrausgabe ab, so bleibt immer noch eine höhere Einnahme von 2 143 309 M. bei der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 365 270. Selbst wenn sich das Verhältnis der Klassen noch etwas nach unten verschieben würde, wäre noch eine ansehnliche Stärkung der Kasse zu verzeichnen. Zieht man noch in Betracht, daß durch die, wenn auch langsame, so doch sichere Steigerung der Löhne ein immer größerer Teil der Mitglieder in die höheren Klassen eintritt, dann, glaube ich, ließe sich mit dieser Regelung ganz gut auskommen und wir hätten den Vorteil, daß die Streikbeiträge Metallarbeiter leichter für den Verband zu gewinnen wären und wir brauchen uns nicht auf jeder Generalversammlung mit der Stärkung der Finanzen zu beschäftigen.

A. Striebing (Berth).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 23. April der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. April 1911 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

der Verwaltungsstelle Fierlohn an Stelle der bisherigen Extrabeiträge von der 18. Woche an 20 M. für die männlichen erwachsenen Mitglieder, 15 M. für die weiblichen Mitglieder und 10 M. für die jugendlichen Mitglieder.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nichtwiedererfassungsfähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leipzig: Der Schlosser Jul. Berg, geb. am 27. Juli 1862 zu Jungbusch, Buch-Nr. 58657, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Saalfeld:

Der Schlosser Arthur Roberling, geb. am 30. Sept. 1890 zu Schmiedeb., Lit. A. Buch-Nr. 375568, wegen betrügerischer Manipulationen.

Auszuhalten und an den Vorstand einzusenden ist:

Lit. A. Buch-Nr. 98105, lauten auf den Former Karl Merten, übergetr. am 17. Nov. 1906 zu Schweinfurt. (Saalfeld.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von Drechern, Hoblern und sonstigen Maschinenarbeitern nach

Düsseldorf (Bentrather Maschinenfabrik) R;

von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach

Anderten-Misburg (Hannover, Eisengießerei) St.; nach Dresden (Gebrüder Gutzmann) D.; nach Chemnitz St. u. A.; nach

Düsseldorf (Firma Schwarz) D., (Stahlwerk Elbing) D.; nach

Gmund (Firma Rih & Schweizer) M.; nach Göttingen (F. Gebr. Böhringer) L.; nach Harburg a. E. St.; nach

Karlruhe (F. Seneca) L.; nach Witten a. R. (F. Döring & Co.) M.;

von Gold- und Silberarbeitern, Pressern und Hilfsarbeitern nach

Hamburg; nach Pforzheim;

von Schmiedern, Drechern und Metallformern nach

Frankfurt a. Oder (Firma Herberg & Co.) M.;

von Heizungsinstallateuren nach Fierlohn (F. M. Pfänder) M.;

nach Koblenz, D.;

von Klempnern, Installateuren und Heizungsinstallateuren nach

Dänemark, A.; nach Kiel, St.; nach Königsberg i. Pr., A.;

nach Rittau (F. Rolf) D.;

von Maschinenbau und Heizern nach Blankenburg i. Schwarzthal

(Firma Bollath & Sohn) St.; nach Dortmund (Eisen- und Stahlwerk Union) St.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Aalen (Gebr. Simon, Drahtstiftfabrik); nach Brandenburg St.; nach Burscheid,

Kreis Solingen (F. Bergfeld & Heider, Röhrenfabrik) D.; nach

Chemnitz St. u. A.;

nach Gmund (Firma Rih & Schweizer) M.; nach Karlsruhe

(Firma Junfer & Ruh) D.; nach Kofel bei Breslau (Schiff-

werk Mollheim) M.; nach Linz a. Donau (Schiffbauwerk) St.;

nach Lüdenscheid, D.; nach Lüneburg (Eisenwerk) D.;

nach Magd. (Waggonfabrik) St.; nach Stadtilm i. Thüringen

(Firma Arthur Götz) M.; nach Stodum (Stahlwerk) R.;

nach Ulm a. D. (Neue Industriewerke) St.; nach Wertheim-

Kirchen b. Bamberg (F. Weber) D.; nach Zeitz (Kinderwagen-

fabrik) St.;

von Metallbrütern nach Erfurt (Gebr. Kammerer, Aluminiumwarenfabrik) A.; nach Schleitz bei Annaberg i. S., D.; nach Zittau (Firma Wolf) D.;
 von Metallschlägern nach Großschönau, Zonsdorf und Zittau L.;
 von Monturen, Piffemonturen, Maschinen und Feigern nach Zionsdorf (Elektromotoren der Fa. Rötting A.-G.) M.;
 von Schloßern (Wand- und Kunst-) nach Hannover (G. Verclas) St.;
 nach Künigsberg, St.; nach Regensburg, L.; nach Stuttgart, St.;
 von Werkzeugschloßern nach Lüdenscheld, St.;
 von Zinkhüttenarbeitern aller Art nach Dortmund (Altiengeseinschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg) St.
 (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu weichen sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; St.: Mißstände; A.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. f. w. S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, absteampeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Aue i. Erzgeb. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Welt- und Jubiläumsschirma Erdmann & Söhne wurden in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung vom Kollegen Jäger besprochen. Diese Firma hatte anfangs April ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Bei dieser Gelegenheit konnte von allen Festrednern und von den bürgerlichen Zeitungen nicht genug das „gute Einvernehmen“ zwischen den circa 900 beschäftigten Arbeitern und der Firma hervorgehoben werden. Den Versammlungsbesuchern wurde aber vom Referenten klargelegt, daß dies gute Einvernehmen nur solange besteht, als die Arbeiterschaft alle von der Fabrikleitung getroffenen Anordnungen widerspruchslos befolgt und keine Forderungen stellt. Wer sein Verbleiben bei der Firma von 1. Lohnzulage abhängig macht, dem wird von der Leitung gesagt: „Was, Bedingungen stellen? Das gibt es bei uns nicht.“ Obwohl die Firma wegen der Güte ihrer Erzeugnisse (Werkzeugmaschinen und Werkzeugzeuge) einen Weltreize hat und Hunderte von Preisen und Auszeichnungen erhalten hat und sich auch ihre Waren sehr gut bezahlen lassen, sind die Löhne gar nicht zeitgemäß. Am besten beweist dies eine im Herbst 1910 ausgenommene Lohnstatistik der dort beschäftigten Dreher. Von 122 Drehern, die den Fragebogen ausgefüllt haben, sind nur 3 unter 20 Jahre alt gewesen. Die Stundenlöhne waren: 27 bis 30 S. hatten 11, 31 bis 40 S. 41, 41 bis 45 S. 16 und nur 4 hatten mehr als 45 S. In den anderen Branchen ist es nicht besser. Auch Mißstände sind vorhanden. Ventilation ist so gut wie gar nicht vorhanden, am allerwenigsten aber in der Gießerei. Wassereinrichtung ist nur für einen Teil der Beschäftigten vorhanden. Die Fallbirne ist in der Gießerei selbst angebracht, so daß beim Eisenschlagen, was während der Arbeitszeit geschieht, das Leben der Former und Gießschreiber gefährdet ist. Dafür wagt die Firma ängstlich über die Verbandszugehörigkeit „ihrer“ Arbeiter, sie legt jedem Neueintretenden die Frage vor: „Sind Sie organisiert?“ Selbst gehört natürlich die Firma ihrer Organisation an, ohne daß sie die Arbeiter erst um Erlaubnis gefragt hätte. Die Arbeiter der Firma gehören zum größeren Teile zu denen, die schon stolz sind, überhaupt bei einer solchen Weltfirma beschäftigt zu sein. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, die Lausitz abzugeben, sich zu organisieren und für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu wirken, damit sie in diesen Punkten nicht trotz ihrer hervorragenden Arbeitsleistungen hinter den Arbeitern anderer Betriebe zurückbleiben, schloß der Referent. Der Versammlung war der größte Teil der bei der Firma beschäftigten Arbeiter ferngeblieben, aus Furcht, daß die Firma ihr Versprechen, noch einige Taster hier zu spenden, wegen dieser Versammlung wieder zurückziehen werde.

Bauken. Schon wiederholt wurden die Kollegen in der Arbeiterpresse davor gewarnt, der „Deutschen Kranken- und Sterbeversicherungskasse“ beizutreten. Da die Kasse versucht, in ganz Deutschland Mitglieder zu werben, sei folgendes zur Aufklärung mitgeteilt. Man sollte annehmen dürfen, daß eine derartige „welterbühnte“ Kasse mindestens in dem Orte, wo ihr Sitz ist, bekannt sei. Dieses ist aber nicht der Fall. Der Kasse ist überhaupt nichts daran gelegen, hier Mitglieder zu haben, denn es könnte sonst passieren, daß die Generalversammlung die immer in Bauken stattfindet und nur durch ein kleines Komitee bekannt gemacht wird, andere Maßnahmen treffen würde als jetzt, wo das Direktorium so hübsch unter sich allein ist. Im Klassenrat werden bedeutende Kranken- und Sterbeunterstützungen ausbezahlt. Wird aber ein Mitglied krank, dann heißt es in der Regel: die Krankheit hat schon vor der Aufnahme bestanden und es wurde unterlassen, sie anzugeben. Wollen die Mitglieder ihre erworbenen Rechte nicht verlieren, müssen sie beim Amtsgericht Bauken klagen. Und hier spielt sich dann Überraschendes ab. Die Kasse läßt es nur in seltenen Fällen zur Einreichung kommen, sondern sie zahlt vorher den eingeklagten Betrag heraus. Daraus ist zu ersehen, daß nur die zu ihrer Krankenunterstützung kommen, die etwas energiegelad ihre Rechte mahnen. Daß die Klassenverhältnisse keine guten sind, geht daraus hervor, daß bei circa 100 000 M. Einnahmen allein 65 000 M. für Verwaltungskosten verbraucht werden und nur der Rest zum eigentlichen Nutzen der Mitglieder verbleibt. Welche Menge unnützes Arbeitens den Arbeitersekretariats durch diese Kasse schon erwachsen ist, geht daraus hervor, daß sich das Dresdener Arbeitersekretariat veranlaßt sah, in der Dresdener Volkszeitung bekannt zu geben, daß es sich mit Klagen gegen diese Kasse nicht mehr abgeben wird.

Berlin. (Die Lage der Arbeiter in den Berliner Eisenkonstruktionswerkstätten.) Während im allgemeinen infolge der Tätigkeit der Gewerkschaften eine Aufwärtsbewegung in der sozialen Lage der Arbeiter festzustellen ist, kann man auch die durch die Wucherzölle hervorgerufene Steigerung der Lebensmittelpreise noch nicht ausgeglichen ist, gilt dieses für die Arbeiter der Berliner Eisenkonstruktionswerkstätten nicht. Die Lage dieser Arbeiter ist im allgemeinen als eine geradezu elende und erbärmliche zu bezeichnen. In diesen Betrieben findet man noch heute Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die man in Berlin für unmöglich halten sollte. Während in den meisten anderen Betrieben die neunhündigsten und zum Teil auch schon die achthündigsten Arbeitszeit eingeführt ist, wird in den Eisenkonstruktionswerkstätten mit Ausnahme eines einzigen Betriebes noch zehn Stunden gearbeitet. Dazu kommt noch das Ueberstundenwesen, durch das der Arbeitstag auf 14 und 15 Stunden, ja oft noch weit länger ausgedehnt wird. Die Betriebe liegen weit draußen in den Vororten, in Reinickendorf, Lichtenberg, Tempelhof etc., die Arbeiter sind infolgedessen genötigt, oft Stundenlang zu fahren, um nach der Arbeitsstätte und von dort wieder nach Hause zu kommen, so daß ihnen meistens nur wenige Stunden zur Ruhe bleiben. Sie der Familie zu widmen, ist unter diesen Umständen wohl den

wenigsten möglich. Die Löhne sind in Betracht der langen Arbeitszeit weit niedriger als in den anderen Branchen der Metallindustrie. Gelernte Arbeiter (Schlosser, Schmiede etc.) werden mit 38 bis 45 S. Stundenlohn eingestellt, und wenn sie es wirklich nach jahrelanger Beschäftigung in einem Betrieb auf 50 oder 55 S. bringen, so gilt das schon als ein sehr hoher Lohn. Ein so „hoch“ entlohnter Arbeiter gilt den anderen als ein recht beneidenswertes Glücksel. Ungelernte Arbeiter werden mit 35, oft nur mit 32 S. eingestellt. Diese niedrigen Löhne werden meistens durch ein sogenanntes „Kloppschiff“ bei dem der Arbeiter, wenn es gut geht, nach einer Arbeit von vielen Wochen, vielleicht 50 S., 1 bis 10 M. an „Kloppschiff“ ausbezahlt erhält. Es kommt aber auch oft vor, daß nach Vollendung der Arbeit sich ein Defizit gegenüber dem Stundenlohn herausstellt, oder, wie man sagt, noch Schulden gemacht worden sind. Dieser Defizitbetrag wird dann, wenn bei der nächsten Arbeit ein Ueberlohn erzielt worden ist, in Abzug gebracht, so daß auch hier schließlich noch ein Defizit bleibt. Wird aber einmal den Arbeitern das Abarbeiten dieser sogenannten Schulden erlassen, dann feiern man wohl noch den Unternehmer als einen sehr humanen Mann, als einen Wohlthäter. Das „Kloppschiff“ dient eben nur dazu, den Arbeiter zu verarmen, seine Kräfte auf äußerste anzufragen, ohne daß er einen der Arbeitsleistung entsprechenden Verdienst erzielt. Dann wird die Ausbeutung auch noch durch das in allen Betrieben herrschende „Kloppschiff“ gesteigert. Wenn sich auch die Arbeit in Kolonnen, besonders bei größeren Arbeiten, nicht immer vermeiden läßt, so doch die Ungleichheit in der Bezahlung der einzelnen Arbeiter. In den Eisenkonstruktionswerkstätten — von wenigen Ausnahmen abgesehen — ist der Kolonnenführer eine Art Zwischenmeister. Er schließt allein die Abkord ab, die ihm beigegebenen Arbeiter erfahren sehr selten, welcher Preis vereinbart ist. Der Kolonnenführer treibt auf äußerste an, um einen möglichst hohen Ueberlohn zu erzielen. Wird ein solcher einmal wirklich erreicht, so wird er nicht etwa nach der Arbeitsleistung verteilt, sondern der Kolonnenführer, der oft schon 6 bis 10 M. die Woche mehr an Lohn erhält als die anderen Arbeiter, bekommt von dem Ueberlohn, wenn er nicht ganz in seine Tasche wandert, noch 30 Prozent, das übrige wird meistens nach Willkür an die „Kloppschiffe“ verteilt. Dieses System hat auch bisher eine durchgreifende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Betrieben verhindert. Es werden dadurch zwei Kategorien von Arbeitern geschaffen, die sich oft geradezu feindselig gegenüberstehen. Aber auch die Streiber und Kriecher wird durch das Kolonnenführersystem gefördert, denn viele glauben dadurch in eine bevorzugte Stelle hineinzukommen oder sich darin halten zu können. In letzter Zeit ist darin, wenn auch langsam, eine Wendung zum Besseren eingetreten. Die „Kloppschiffe“ sind gewöhnlich so niedrig bemessen, daß von einem Ueberlohn überhaupt keine Rede ist, das hat vielen Kolonnenführern die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, daß ihre Interessen mit denen der anderen Arbeiter identisch sind. In einer Werkstatt sind die Träger der Organisation geworden. Dementsprechend tagt es auch bald bei den übrigen, die den Wert der Solidarität bis heute noch nicht begriffen haben. Auch die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter leiden trotz der hohen Anforderungen, die an ihre Arbeitsleistung gestellt werden, unter niedrigen Löhnen und unzulänglichen Arbeitsbedingungen. Dabei ist die Arbeit in diesen Betrieben äußerst anstrengend, sie wird zum großen Teil im Freien ohne Rücksicht auf Wind und Wetter ausgeführt. Auch die Werkstätten sind oft nur Baracken, in die Schnee und Regen eindringen können. Speiseräume sind selten, Ankleideräume findet man nirgend. Die Wassereinrichtungen, wenn überhaupt vorhanden, sind vollständig ungenügend und die Klosetts — die Ausführung der Arbeiten ist vielfach mit Lebensgefahr verknüpft. Die Unfallgefahr in den Eisenkonstruktionsbetrieben wird von der im Schiffahrtsgewerbe und im Bergbau übertroffen. Man braucht sich nur an den Einsturz des Balkenbaues in Leipzig-Plagwitz, der Kuppelhallen in Görtz und verschiedener anderer Unglücksfälle erinnern. Seit in den letzten Tagen ereigneten sich in Berlin zwei jährlische Unglücksfälle. Bei dem Neubau des Warenhauses Wertheim wird die Eisenkonstruktion von der Firma „Deutscher Eisenhandel“ (Kavene) ausgeführt. Auf die Sicherheit der Arbeiter wird dabei keine Rücksicht genommen und so führte, weil die nötigen Vorkehrungen fehlten, ein großer Träger um, wodurch 3 Arbeiter schwer, 3 leichter verletzt wurden. Der zweite Unfall ereignete sich bei der Firma Fein, Lehmann & Co. Da sollte eine Reparatur ausgeführt werden, bei der der Laufwerk außer Betrieb gesetzt werden mußte. Das hätte aber vielleicht in der Arbeit eine kleine Pause hervorgerufen, und darum wurde diese notwendige Sicherheitsmaßregel unterlassen. Dadurch wurde ein hühnenbes Menschenleben vernichtet, der die Reparatur ausführende Schlosser wurde von dem Kran mitten durchgeknitten. In den meisten Betrieben fehlt es an ordentlichem Verbandszug, die Verletzten müssen manchmal stundenlang auf Hilfe warten. Die Behandlung läßt in den meisten Betrieben viel zu wünschen übrig. Wenn man das Verhalten einzelner Betriebsleiter und Meister beobachtet, glaubt man sich unwillkürlich in die Gefilde des preußischen Zuchthauswesens versetzt. Das im vorstehenden Ausgeführten findet man bestätigt, wenn man sich die einzelnen Betriebe ansieht. Bei der Firma Steffen & Söhne, der größten in Berlin, besteht die zehnhündigste Arbeitszeit. Die Löhne für gelernte Arbeiter betragen 40 bis 50 S., für ungelernete 32 bis 45 S. Die Antreiberei ist groß, die Arbeitskraft des Einzelnen wird auf äußerste ausgenutzt. Wenn auch, von außen gesehen, die Fabrik einen recht guten Eindruck macht — die hygienischen Einrichtungen lassen doch fast alles zu wünschen übrig. Die Firma Dudenmüller ist eine der kapitalstärksten Firmen; auch dort wird noch zehn Stunden gearbeitet. Diese Arbeitszeit wird aber meistens durch Ueberstunden ausgeglichen, ganz wie es dem Meister beliebt. Die Stundenlöhne für Schmiede und Schlosser betragen hier 45 bis 55 S., die der ungelerneten Arbeiter 37 bis 45 S., die der Kolonnenführer 65 bis 75 S. Es wird meistens in Abkord gearbeitet. Die Abkordarbeiter bekommen, wenn sie Glück haben, alle 4 bis 6 Wochen 50 S. bis 10 M. Ueberlohn herausgezahlt. Die hygienischen Einrichtungen sind äußerst mangelhaft. Die Gießelwand der Halle auf der Westseite ist offen, so daß Regen und Schnee ungehindert eindringen können. Heizungsanlagen sind überhaupt nicht vorhanden. Das Tolle ist aber die Behandlung der Arbeiter. Die Kolonnen, die ihnen an den Kopf geworfen werden, sind gewöhnlich: „Kloppschiff“, „Kloppschiff“, „Kloppschiff“, „Kloppschiff“ etc. Darin leidet der Meister Gröndorf gar vieles. Auch sonst ist dieser Betrieb noch weit entfernt von einem Musterbetrieb. Bei der Firma D. & S. ist die Arbeitszeit zehnhündig, daneben werden oft noch fünf Ueberstunden und darüber gemacht; in der Antreiberei wird auch oft Sonntags gearbeitet. Die Arbeitszeit auf dem Zugschlag ist vollständig unregelmäßig. Die Höhe der Löhne ist wie in den schon genannten Betrieben, nur die Kolonnenführer bekommen 80 S. Ueberlohn bei Abkordarbeiten wird selten erzielt, meistens wird mit Defizit gearbeitet. Kommt wirklich einmal ein Ueberlohn heraus, bekommt der Kolonnenführer davon 30 Prozent, das übrige wird nach Wunsch verteilt. Die Ankleideräume und Wassereinrichtungen sind äußerst mangelhaft. Ventilatoren sind gar nicht vorhanden, so daß es im Sommer auf der Galerie vor Staub und Hitze nicht auszuhalten ist. Die Gänge in der Fabrik werden als Stapelplatz für Material benutzt, nur sehr gewandte Turner können sie ungefährdet passieren. Auch hier tut eine gründliche Veränderung dringender Not, denn zu diesen Mißständen kommt noch eine schlechte Behandlung. Die Firma Fein, Lehmann & Co., die noch eine Fabrik in Düsseldorf hat, gehört auch zu den Betrieben, wo schlimme Mißstände anzutreffen sind. Zehnhündigste Arbeitszeit, Löhne für Schlosser, Schmiede von 38 bis 50 S., für ungelernete Arbeiter 35 bis 40 S., Kolonnenführer bis 65 S. Die hygienischen und sonstigen Verhältnisse putzen hier jeder Beschreibung. Unglücksfälle sind infolge der mangelhaften Schutzvorrichtungen an der Tagesordnung. Alles in allem: ein echt kapitalistischer „Kloppschiff“. Auch bei der Firma „Deutscher Eisenhandel“ (Kavene) sind die Zustände nicht viel besser als in den anderen Betrieben: zehnhündigste Arbeitszeit, Löhne von 40 bis 65 S. für Kolonnen-

führer und Meister, Speise- und Waschräume sind wohl vorhanden, aber wie die Klosetts stinken sie vor Schmutz. Die Behandlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Und das ist eine der ersten und kapitalstärksten Firmen Deutschlands. Bei der Firma Th. Hoffmann, einem Werk, das dem bekannten rheinischen Großindustriellen gehört, sind die Verhältnisse nicht besser als in den anderen Betrieben. Auch dort ist die zehnhündigste Arbeitszeit zehn Stunden. Wenn die Arbeit drängt, werden bis vier Ueberstunden pro Tag verlangt, Sonnabends wird oft bis 12 Uhr nachts gearbeitet. Die Löhne sind unzureichend. Ueber die hygienischen und sonstigen Verhältnisse läßt sich vorläufig nichts sagen, da vollständig neue Werkstätten errichtet werden. Auch die Firma B. & C. macht keine Ausnahme. Arbeitszeit und Löhne sind wie bei den anderen Firmen. Die Behandlung ist schlecht. Die Heizungsanlage ist so ungenügend, daß die Werkstätten mit einem Eissteller erfolgreich in Konkurrenz treten können. Die Verteilung der Arbeiter in den verschiedenen Werken ist sehr ungleichmäßig, wie die anderen Betriebe. Nur eines zeichnet diesen Betrieb aus: man hält hier Wassereinrichtungen für einen überflüssigen Luxus. Ein paar schmucke Eimer müssen dem Reinlichkeitsbedürfnis der Arbeiter genügen. Auch die Firma G. & S. ragt durchaus nicht über die anderen empor. Trotzdem erst vor kurzer Zeit neue und höhere Werkstätten erbaut wurden, genügen die geschaffenen Einrichtungen durchaus nicht. Auch klagen die Arbeiter über schlechte Behandlung. Von der Firma D. & S. und den übrigen ist mit einigen kleinen Unterschieden daselbe zu sagen. Die Klagen über lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn kehren immer wieder. — Es ist daher wohl nicht zuviel gesagt, wenn man diese Zustände als geradezu erbärmliche bezeichnet, wie sie kaum in den zurückgebliebensten Gegenden denkbar sind. Darum muß alles getan werden, um eine Verbesserung herbeizuführen. Das Unternehmertum fürchtet auch das Erwachen der Arbeiterschaft und sucht darum mit allen Mitteln die Arbeiterorganisation zu unterdrücken. In der kleinlichen Weise wird der Kampf gegen die organisierten Arbeiter geführt. Allerdings sind auch viele Arbeiter infolge der erbärmlichen Verhältnisse so deprimiert, daß sie gar nicht mehr den Mut finden, dagegen anzukämpfen, sondern förmlich danach trachten, durch maßlose Ueberarbeit das zum Leben Notwendige zu verdienen. In einer Art dumpfer Betäubung lassen sie alles über sich ergehen, alle Forderungen der organisierten Kollegen, sie aufzurütteln, damit gemeinsam der Kampf gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung aufgenommen wird, prallt heute noch an ihrem Zuhilfenahme ab. Sie tragen hauptsächlich die Schuld daran, daß noch solche erbärmlichen Zustände in diesen Betrieben zu finden sind und daß trotz der unermüdbaren Aufklärungsarbeit der organisierten Kollegen es nicht möglich war, sie zu ändern. Darum fort mit der ergebnislosen Pläne, dem gebeugten Nacken — aufrecht sollt ihr stehen! Findet endlich den Weg in die Reihen eurer organisierten Kollegen, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Denn nur mit Hilfe dieses Verbandes können die elenden Verhältnisse in den Eisenkonstruktionswerkstätten beseitigt und für die Arbeiter menschenwürdige Zustände erkämpft werden. Adolf W. S. i. d.

Ebingen (Württemberg). Am Samstag den 1. April wurde nach einem Ratsrat des Bezirksleiters S. & S. beschlossen, eine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu errichten. Schon mehrmals wurde ein Versuch dazu unternommen, aber immer scheiterte er an dem Indifferentismus der Kollegen. Die Situation hat sich endgültig geändert. Mehrere Kollegen, die die Notwendigkeit der Organisation eingesehen hatten, rufen vor ungehörig einem halben Jahre dem Verbands bei und haben selbstig ihr „Ja“ gesagt. Die Arbeit war nicht vergeblich, die Zahl der Mitglieder stieg von Woche zu Woche. Jetzt mitgearbeitet haben allerdings, wie überall, auch die Unternehmer. Die Ebingener Unternehmer sind in bezug auf die Entlohnung der Arbeiter sehr „konjunktur“, Löhne, wie sie vor 10 und 15 Jahren vielleicht noch zum Leben genügen, werden dort noch jetzt bezahlt. Dabei verlangen die Unternehmer Qualitätsarbeit. Nun, die Metallarbeiter in Ebingen haben eingesehen, daß die Löhne nicht ausreichten und daß das Unternehmertum daran selbst nichts ändert, deshalb haben sie ihr Gesicht selbst in die Hand genommen. Die Verbesserung der Lebenshaltung kann aber nur erreicht werden, wenn man jeder seine Schuldbiligkeit tut und dafür sorgt, daß die jüngste Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes immer stärker wird. Den noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Laßt die blaße Furcht vor dem Unternehmertum fahren und kämpft mit uns für eine menschenwürdige Existenz.

Esslingen. Ein Markt und Wein erhaltender Unfall ereignete sich am 29. März, kurz vor 12 Uhr, in der Maschinenfabrik von W. H. Stoll. Ein Schlosser (Eiser) war damit beschäftigt, eine alt gefaßte Holzmühle aufzustellen, wobei er den sich im Laufen befindlichen Transmissionsriemen so nahe gekommen war, daß ihn bei den Umdrehungen erfaßte und einigemal herumgeschleuderte, so daß ihm die Kleider vom Leibe gerissen wurden. Arme und Beine waren gebrochen, der Brustkorb eingedrückt, die Lähme ausgeblutet. Nach seiner Einlieferung in das hiesige Marienhospital ist er im Laufe des Nachmittags gestorben. Dieser bedauernswerte Unglücksfall hätte vermieden werden können, wenn von der Fabrikleitung mehr Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter geübt würde. Denn daß ein junger Mensch von 18 Jahren nicht in der Lage ist, die gefährliche Situation so zu überblicken, wie ein Älterer, in diesem Falle erfahrener Mann, ist eine unbestreitbare Tatsache. Es ist nur der Umstand der Arbeiter zu bedauern, daß bei der Antreiberei, die im Betrieb herrscht, nicht schon oft derartige Unglücksfälle vorgekommen sind. In dem Betrieb herrschen auch sonst noch Mißstände. Von der Gießerei in die Schlosserei und Dreherei führt ein großer Durchgangslöcher, aber es ist kein Tor vorhanden. Voriges Jahr ist noch eine Abteilung angebaut worden, in der sich auch ein Durchgangslöcher ohne Tor befindet. Dadurch, daß drei Abteilungen ohne gegenseitigen Abkloß sind, herrscht ein unglaublicher Luftdurchzug im ganzen Betrieb, der ganze Staub und Schmutz, der in der Gießerei und Pufferlei sich anheftet, zieht durch die ganze Halle. Verschiedene Kollegen machten Herrn Stoll auf diese Mißstände aufmerksam und ersuchten um Abstellung, jedoch ohne Erfolg. Als schließlich der Arbeiterauschuss vorstellte, erklärte Herr Stoll: „Was brauchen wir ein Tor, es ist doch jetzt bald Sommer!“ Wollten doch endlich die Arbeiter der Firma Stoll aus dem hier angeführten Bruchteil der vorhandenen Mißstände den Schluß ziehen, daß sie sich eine Verbesserung erkämpfen müssen. Das können sie nur, wenn sie einzig sind und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen.

Göppingen. Versprechen und Halten ist bei den Göppinger Unternehmern zweierlei. Die organisierten Arbeiter und deren Funktionäre werden als Pöbel verschrien, wenn sie auf die Durchführung der gegebenen Versprechungen dringen. Nach jeder Lohnbewegung zeigt es sich, daß besonders wegen der Verzögerung der Lohn- und Abkordfälle immer wieder eingegriffen werden muß. Im vorigen Jahre wurde bei den Drehern der Firma D. & S. die Abschaffung der Prozentabgabe bei Ausführung mehrerer gleicher Stücke in Abkord verlangt und die Erfüllung dieser Forderung zugesichert, ohne daß bis heute das geringste davon geschehen ist. Es werden jetzt sogar anstatt 5 bis 10 Prozent sogar bis zu 25 Prozent abgezogen, weshalb auch jeder fremde Dreher rasch diese gefälligen Gesinde verläßt. Bei der Firma Gebrüder D. & S. wurde vor einigen Wochen die Aufbesserung der zu niedrig angelegten Abkordfälle versprochen; trotzdem der Betriebsleitung diese einzeln aufgeführt wurden, ist bis heute noch nichts erhöht worden. Ähnliche Verhältnisse, nur noch etwas schlimmer, herrschen in der Gießerei dieses Betriebes. Besonders seit der Ingenieure L. & S. dort angestellt ist, wollen die Klagen nicht verstummen. Auch dort sind der Betriebsleitung im vorigen Jahre Wünsche zur Durchführung unterbreitet worden, zum Teil ist aber bis heute noch nichts geschehen. Die Stundenlöhne der Former stehen in keinem Verhältnis zu dem Abkordverdienst. Es ist zwar auf eine erneute Eingabe eine Erhöhung vorgenommen worden, aber völlig ungenügend. Die Abkordverdienste waren in der alten Gießerei verhältnismäßig gute, jetzt aber nicht mehr. Seit Eröffnung der neuen Gießerei

Anträge zur Tagesordnung oder solche, die auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 15. Mai 1911 an die Generalkommission einzuweisen. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im Korrespondenzblatt veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 26. Juni 1911, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis zum 1. Juli tagen. Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach den von dem vierten Gewerkschaftskongress (Stuttgart 1902) beschlossenen Bestimmungen. (Siehe auch die Vorstandsbeschlüsse in der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung.)

Gewerkschaftliches.

Der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der in Nr. 13 des Korrespondenzblattes erschienen ist, beschäftigt sich in seinem allgemeinen Teil zunächst mit den Leistungen der Reichsregierung auf sozialpolitischem Gebiet, die als immer häufiger bezeichnet werden. Dem Stellenvermittlungsgesetz mit seiner ungenügenden Wirkung wird Erwähnung getan und dem gleichen Akt vorgelegten Gesetzentwurf eines Hausarbeitsgesetzes, dem ein von den Gewerkschaften und belandten Sozialreformer einberufener Heimarbeiterrat Form und Inhalt geben wollte. Das Arbeitskammergesetz hat nach der Erledigung und es besteht die Gefahr, daß einige Verbesserungen, die die Kommission beschloß, in der dritten Lesung im Plenum wieder ausgemerzt werden. Zu dem großen Aenderungsbericht in der Sozialversicherung, dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, nahm ein von der Generalkommission einberufener außerordentlicher Gewerkschaftskongress Stellung, auf dem in großartigen Reizen und Diskussionen die Forderungen der Arbeiter propagiert wurden. Die in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Verschärfungen der Arbeiterversicherung, besonders das schmerzbedingte Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen, dazu die durch die Reichsfinanzreform hervorgerufene Belastungspower und endlich der völlig unzulässige Versuch, die Arbeiterorgane gegen die Arbeiterorganisation auszunutzen, waren treffliche Agitationsmittel für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Von der Jugendbewegung werden erfreuliche Fortschritte berichtet. Eine im April in Berlin tagende Konferenz bestimmte die Richtlinien für die Bewegung. Die Zahl der Jugendausschüsse stieg von 330 auf 377; die Abonnenten der Arbeiter-Jugend von 32 000 auf 54 000, zuletzt auf 57 000; Jugendheime bestehen an etwa 100 Orten. Die erste Auflage der Jugendheftbücher von circa 50 000 Exemplaren ist vergriffen. Dem Aufschwung der Polizei gegen die früheren Jugendorganisationen wird als Erfolg eine schnellere Entwicklung der Jugendbewegung ausgedrückt.

Zwischen dem Zentralverband der Konsumvereine und der Generalkommission sind gemäß der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses Vereinbarungen getroffen worden, die die Behandlung der Strafanstaltsangelegenheiten, die Behandlung der Heimarbeit, die gewerkschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungs- und Vergebung von Arbeiten, die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften regeln.

Der internationale sozialistische Arbeiterkongress wurde laut Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission von 100 Gewerkschaftsvertretern besucht und zur internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsandt die Generalkommission zwei Vertreter nach Paris. Die Generalkommission der Gewerkschaften erklärte in einer anlässlich des Verhandlungsstages deutscher Gewerkschaften abgehaltenen Konferenz ihre Einverständnis mit der Auflösung dieser Kommission und Überweisung der Geschäfte dieser Kommission an die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission. Schließlich wird noch der internationalen Hygieneausstellung gedacht, an der sich die Gewerkschaften beteiligen wollten und der hieran sich anschließenden Verhandlungen.

Für die Agitation wurde von der Generalkommission in der Weise gefordert, daß, wie auch in früheren Jahren, zwei der italienischen Sprache kundige Agitatoren in den Wintermonaten in die Bezirke Italiens geschickt werden, aus denen hauptsächlich die Einwanderung der Arbeiter nach Deutschland erfolgt; die in München errichtete Auskunftsstelle für aus Italien kommende Biegeleisenarbeiter wurde weiter aufrechterhalten. Daneben wurden Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen nach Möglichkeit finanziell unterstützt, desgleichen wurden Mittel für Wahlen zu Gewerkschaften und Krankenkassen gegeben.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse fanden im Berichtsjahr drei statt, die von 203 Teilnehmern besucht waren. Von der Veranstaltung eines Unterrichtskurses für die Arbeitersekretäre wurde mit Rücksicht auf das durch die Reichsversicherungsordnung und die Aenderung des Strafrechts neu zu erwerbende Recht einmündigen Abhand genommen. — Im Etat der Generalkommission überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 5824,20 M.; die Mehrausgaben von 13 307,84 M. entstammen hauptsächlich durch Errichtung der sozialpolitischen Abteilung; die Sammlung für die Bauarbeiterausperrung ergab 1 233 371,29 M.

Gewerkschaftshaus in Herford.

Ein Gewerkschaftshaus wurde vom Gewerkschaftsamt in Herford eingerichtet. Das dazu erworbene Haus ist bisher als Hotel betrieben worden und kam am 17. Januar zur Zwangsversteigerung, wobei es die Gewerkschaften zum Preise von 125 000 M. erstanden. Die Wirtschaftsräume bestehen aus zwei Etagen, einem Saalzimmer, einem Billardzimmer, mehreren Sitzungszimmern und einem Fremdenzimmer. Für durchreisende Fremde stehen 30 Betten zu 50 P. zur Verfügung. Das Haus liegt in bester Lage, zwei Minuten vom Bahnhof. Die am Orte bestehenden 25 Gewerkschaften haben ihre Versammlungen und den Verkehr nach dem neuen Gewerkschaftshaus verlegt.

Ein genossenschaftliches Unternehmen auf dem Fahrradmarkt.

In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften auch heute noch auf den genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb von Lebens- und Genussmitteln für ihre Mitglieder beschränkt; der Vertrieb zahlreicher Gebrauchsgüter des täglichen Lebens befindet sich noch in den Händen des wirtschaftlich rückständigen und daher preisversteuernden Kleinhandels, obgleich der Massenbedarf an einzelnen dieser Gebrauchsgüter in den Kreisen der Arbeiterklasse zum genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb geradezu drängt. So zum Beispiel das Fahrrad, das heute mit seinen Zubehörteilen eine ungeheure Industrie beschäftigt und samt Zubehör fast nur in Arbeiterkreisen Absatz findet, dessen Höhe sich nach Millionen von Mark bemessen werden kann.

Der Gedanke, diesen Millionenumsatz in genossenschaftliche Bahnen zu lenken, mußte ja sehr nahelegen und tatsächlich hat auch die Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine vor einigen Jahren den Vertrieb von Fahrrädern, wenn auch ohne besonderen ermutigenden Erfolg, mit übernommen. Mit besserem Erfolg als die Groß-Einkaufs-Gesellschaft hat sich eine andere Arbeiterorganisation auf diesem Gebiet betätigt. Bekanntlich hatte sich vor einigen Jahren schon in Berlin eine Anzahl Arbeiter zusammengeschlossen, um den genossenschaftlichen Bezug, eventuell auch die Herstellung und den Vertrieb von Fahrrädern und dazu gehöriger Artikel und Ersatzteile in die Wege zu leiten und hierdurch die im Handel bestehenden Mängel, die eine schwere Schädigung der Konsumenten bedingten, zu beseitigen. Das Unternehmen fand bei den radfahrenden Arbeitern lebhaften Anklang und erzielte sich bald eines regen Zuspruchs, um so mehr, als es sich das Prinzip der Konsumvereine: „Reelle und gute Ware zu billigen Preisen“ zu eigen gemacht und außerdem aber auch in der größten der bestehenden Radfahrerorganisationen, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ mit

seinen 180 000 Mitgliedern, einen eifrigen Förderer und in finanzieller Hinsicht kräftigen Rückhalt fand. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich das Unternehmen emporgearbeitet und der Umsatz, der 1905 erst 12 000 M. betrug, hat sich 1906 auf 36 000, 1907 auf 48 000, 1908 auf 183 000 und 1909 auf 291 000 M. gehoben; im Jahre 1910 erreichte der Umsatz die Summe von rund 600 000 M. Ohne Zweifel dürfte der Umsatz auf einige Millionen Mark gesteigert werden können, wenn es gelänge, alle radfahrenden Arbeiter, deren Zahl in Deutschland auf mehrere Hunderttausend zu schätzen ist, zur Deckung ihres Bedarfs bei dem von organisierten Arbeitern ins Leben gerufenen und geleiteten Unternehmen zu veranlassen.

Bis Ende 1910 war das Unternehmen selbständige Genossenschaft, deren Uebereschüsse jedoch dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ zufließen; die letzte Generalversammlung des Bundes hat in Erkenntnis seines hohen Wertes für die Arbeiter-Radfahrer die Uebernahme mit Aktien und Passiven in die Verwaltung des Bundes beschlossen. Der Sitz des Geschäftes, der sich bisher in Berlin befand, wurde demgemäß an den Sitz der Bundesverwaltung, der sich in Offenbach a. M. befindet, verlegt. Die Verlegung ist im Februar 1911 vollzogen worden, nachdem derselbe sowohl für die Bundesverwaltung, wie für das Geschäft durch die Opferwilligkeit der Bundesangehörigen auf eigenem Grund und Boden ein eigenes



Gebäude errichtet worden war, dessen Umfang auf eine erhebliche Ausdehnung des Betriebes zugeschnitten ist, in dem später auch die Selbstproduktion einiger Artikel betrieben werden wird.

In seiner neuen Gestalt und im eigenen Hause wird die Leitung des Unternehmens noch mehr als bisher bestrebt sein, auf dem beschrittenen Wege weiter vorwärts zu schreiten und der Genossenschaftsidee auf diesem Gebiet das Feld vollständig zu erobern. Neben dem Hauptgeschäft in Offenbach a. M., das hauptsächlich Vertriebsgeschäft ist, bestehen größere Filialen mit Reparaturwerkstätten in Offenbach a. M., München, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Hannover, Dresden, Leipzig, Breslau, Berlin (2), Hamburg, Kiel, Magdeburg; ferner kleinere Niederlagen in über 100 Städten Deutschlands. Das Geschäft ist also ziemlich umfangreich, weit verzweigt und bietet allen Arbeiter-Radfahrern Deutschlands die Möglichkeit, ihren Bedarf an allen einschlägigen Artikeln ohne Mühe am eigenen Orte oder in nächster Nähe zu decken. Zurzeit sind in dem Unternehmen, das noch am Anfang seiner Entwicklung steht, im ganzen circa 50 Personen beschäftigt, und zwar unter Bedingungen, die den Forderungen der organisierten Arbeiterklasse durchaus entsprechen. Der erzielte Gewinn wird nicht, wie es in den Konsumvereinen geschieht, als Dividende verteilt, sondern fließt den Unterstützungsfonds des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ zu. Wie das Unternehmen heute nach kurzer Zeit seines Bestehens dasteht, zeigt es uns, was Opferwilligkeit, Einigkeit und ernstes Streben zum Besten der Allgemeinheit vollbringen können. Möge es blühen und gedeihen und im neuen Jahre in seinem neuen Heim die Unterstützung und Förderung finden, die es in Würdigung seiner Grundsätze und seiner Ziele in den Kreisen der organisierten Arbeiterklasse wirklich verdient.

Legitimation der Angestellten der Singerischen Nähmaschinenfabrik.

Folgender Aufruf ist uns zugegangen:
An die deutsche Arbeiterschaft!
Partei- und Gewerkschaftsgenossen und Genossinnen.

Seit einiger Zeit gehen durch die Presse Mitteilungen über die überaus traurigen und miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Nähmaschinenfabrik Singer & Co. in Nürnberg, Frankfurt a. M. und Offenbach. In diesen in eine Lohnbewegung eingetreten, dort ist über die Fabrikate der Singer-Co. der Boykott verhängt. Auch in Berlin und Hamburg gibt es gewaltig unter den Singer-Angestellten. In der Fabrik der Singer-Co. in Wittenberge (Bezirk Potsdam) herrschen sehr verbesserungsbedürftige Zustände. Soeben kommt auch aus London und Glasgow (England) die Nachricht, daß dort 10 000 Angestellte der Singer-Co. Nähmaschinenfabrik in den Streik getreten sind. In einer überfüllten Versammlung der Einklassierer, Agenten, Mechaniker und Lagerarbeiter der Singer-Co. in Berlin wurde der Beschluß gefaßt, durch einen Appell an die gesamte deutsche Arbeiterschaft es den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern und namentlich deren Frauen und Töchtern zur Pflicht zu machen, Fabrikate der Singer-Co. nur von den organisierten Angestellten der Singer-Co. zu kaufen.

In Berlin besteht eine von der Firma großgezogene „Selbe Vereinigung der Singer-Angestellten“, man lasse sich also nicht täuschen.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband, dem die Einklassierer angehören, und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geschäftinnen, dem die Agenten angeschlossen sind, ist zwecks Kontrolle der Zugehörigkeit zur modernen Organisation für das Jahr 1911 eine große Legitimationskarte herausgegeben worden. Die Mechaniker haben als Ausweis das Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorzulegen. Wir richten an die gesamte Arbeiterschaft das höchste Ersuchen, uns bei dem Kampfe gegen die Millionenfirma Singer & Co., Nähmaschinenfabrik, durch scharfe Ausübung der Kontrolle zu unterstützen. So die Solidarität!

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geschäftinnen.
Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche der Einklassierer und Kassaboten.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird um Abdruck gebeten.

Arbeiterfeindliche Jugendfürsorge.

Im Amtsblatt für Delsnik ist folgende Bekanntmachung erschienen:

An der gewerblichen Fortbildungsschule für Metallarbeiter wird von Ostern an zur Förderung der Jugendfürsorge Turnen eingeführt, dem sich Wettspiele und Turnfahrten anschließen sollen. Der hiesige Turnverein Gut Heil hat sich bereit erklärt, die Turnplätze in besonderen Bädlerlagern auszubilden. Das Turnen gilt als obligatorisches Unterrichtsfach. Die Kosten der Ausbildung trägt die gewerbliche Fortbildungsschule.

Wirklich rührende Fürsorge, nicht wahr? Offenbar hat man sich früher nie darum gekümmert, ob den jungen Metallarbeitern eine Körperkultur zuteil wird, die sie genügend hart macht, daß sie den Schöden der Berufsarbeit widerstehen können. Nachdem der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich ihrer aber angenommen hat, erwacht es einmal die Fürsorge, selbstverständlich mit der Nebenabsicht, sie dem in den bürgerlichen Turnvereinen gepflegten Guttpatriotismus zu erhalten.

Vom Ausland.

Osterreich.

Vor einiger Zeit waren mit den tschechischen Separatisten Verhandlungen angebahnt worden, um — wenn möglich — noch in letzter Stunde den Konflikt beizulegen. Der Versuch ist gescheitert, die Einigungsverhandlungen sind endgültig abgebrochen.

Auf die Friedensvorschläge der Zentralisten antworteten die Separatisten mit der Aufstellung eines Programms, das ihre alten Forderungen scharf präzisierte. Nicht um ein Fata gingen sie von ihren ursprünglichen Forderungen ab. Was sie früher schon verlangt hatten, formulierten sie nun in einem „Lebensantrag“, von dem sie natürlich im vornherein wußten, daß er den Frieden nicht bringen konnte. An der Spitze der Forderungen stand nach wie vor das Verlangen, nationale Gewerkschaften an die Stelle der internationalen Verbände zu setzen. Wie ernst es den Separatisten mit ihrer Antwort auf die tschechischen Friedensvorschläge war, mag man auch daran erkennen, daß sie beantragten, die Forderung eines Streikes jeweils der Organisation zu überlassen, die von der Mehrheit der beteiligten Arbeiter hierzu ermächtigt werde. Die Verwirklichung dieses Vorschlages bedeutete, daß von jedem Streik in national gemischten Gebieten unter den Arbeitern der einzelnen Nationen ein wütender Kampf darüber entbrennen würde, welche Organisation den Streik zu führen habe. Gerade in dem Augenblick, in dem die tschechischen Separatisten der Arbeiter am wichtigsten ist, vor dem Kampfe, soll nach dem hübschen Plan der Separatisten die Brandfackel des nationalen Streikes unter die Arbeiter geschleudert werden. Daß für derartige Vorschläge die Zentralisten kein Verständnis haben, ja, daß sie sie mit Entrüstung zurückweisen, ist nur selbstverständlich. Dazu kam noch, daß sich die Separatisten ein System gegenseitiger finanzieller Unterstützung mit den Zentralverbänden ausdachten, das alle Vorteile den Separatisten und alle Nachteile den Zentralisten zugewiesen hätte. Angesichts derartiger Forderungen blieb den Zentralisten gar nichts anderes übrig, als die Einigungsverhandlungen für gescheitert zu erklären.

Am 17. März dieses Jahres tagte in Wien eine Reichskonferenz der Zentralverbände, die nach einem Referat des Gewerkschaftssekretärs Huber den Abbruch der Einigungsverhandlungen zum Beschluß nahm. In der von der Konferenz einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Die tschechischen Separatisten haben durch ihre Gegenanträge, die nur eine Umkehrung ihrer ersten Anträge bedeuten, um ihr Verhalten während der Verhandlungen beweisen, daß sie den Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht anstreben. Sie haben im tschechischen Gegenantrag zur Zentralorganisation den Willen klar ausgedrückt, auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reiches unerwiderlich zu beharren. Bei Anerkennung dieser prinzipiellen Grundsätze wäre das Proletariat Oesterreichs, trotz aller gewählten Gegenmittel, in den Fabriken und Werkstätten national zerklüftet und könnte es unmöglich organisatorisch erfaßt werden.“ ... „Die Reichskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechischen Gewerkschaften und Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näherstehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiter.“ ... „Die Reichskonferenz billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschaftskommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen kein Gegenständigkeitsverhältnis einzugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.“

Nun muß der Kampf zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung entzweigen. Die Brücke des Friedens ist abgebrochen, ein heftiger Zusammenstoß erscheint unvermeidlich.

Inzwischen hat, wie nicht anders zu erwarten war, der Gewerkschaftskonflikt auf das politische Gebiet übergegriffen. In Oesterreich spielen sich zurzeit große politische Ereignisse ab. Die liberal schillernde Regierung Wienter hat das Parlament aufgelöst, als es eben im Begriff stand, wichtige soziale Gesetze zu schaffen. Die Reform der Kranken- und Unfallversicherung sowie die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung standen vor der Erledigung, als man das erste Parlament, das auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählt worden war, heimischte. Das Parlament hatte etwas geädert, der Regierung die geforderten Militärlasten zu bewilligen und das hatte genügt, um den Vorwand zur Auflösung abzugeben. Nun zieht das österreichische Proletariat in eine Wahlkampf, wie sie in Oesterreich noch nicht geschlagen wurde. Der Regierung ist es gelungen, die bürgerlichen Parteien, die aus Angst vor der Sozialdemokratie kopflos geworden sind, zu einem großen antisozialistischen Block zusammenzuschweißen. Die einstigen Gegner haben sich koaliert, um der Sozialdemokratie besser begegnen zu können. Die schwächsten Kräfte gehen nun Hand in Hand mit den einstigen Apokalypten des Antisemitismus, die ausgepöbelten österreichischen Ueberpatrioten haben sich mit den Hochverrättern von ehemals, den Kornblumblau geschmückten Deutschradikalen vereint. Rechter Hand, linker Hand, alles verfaßt. Und gerade in dieser Zeit, in der dem Proletariat die Einigung am nötigsten wäre, um dem Ansturm der vereinigten Gegner widerstehen zu können, beginnt der Gewerkschaftskrieg auch politisch unheilvoll zu wirken. Die tschechischen Zentralisten sind aus der offiziellen tschechischen Partei ausgestiegen und beschließen, den offiziellen Kandidaten internationale Sozialdemokraten gegenüberzustellen. Die offiziellen tschechischen Sozialdemokraten ziehen, wie man es bei ihnen gewohnt ist, alle Schuld auf die deutschen Sozialdemokraten und drohen, den deutschen sozialdemokratischen Kandidaten tschechische Gegenkandidaten gegenüberzustellen. So macht sich innerhalb der Partei ein Zerwürfnis fühlbar, das schädlicher wirkt als es der Ansturm der vereinigten Gegner jemals zu tun vermöchte. Während sich die bürgerlichen Gegner vereinen, bietet das Proletariat das traurige Bild inneren Haders; darunter leidet natürlich die deutsche nicht minder als die tschechische Sozialdemokratie Oesterreichs. Unter ungünstigen Umständen ziehen wir demnach in den Kampf; uns bleibt nur die Hoffnung, daß der gesunde Sinn des österreichischen Proletariats stark genug sein werde, auch die große Belastung des inneren Haders zu überwinden.

S. D.

Frankreich.

wd. Der Kassationsgerichtshof hat am 7. April die Revision des Prozesses Durand entzogen. Die Gerechtigkeit wird nun endlich ihren Weg gehen können. Durand aber, der unglückliche Gewerkschaftssekretär, der ohne die energische Protektion der französischen Arbeiterklasse unglücklich unter der Guillotine hätte verbluten müssen, wird wohl kaum von ihrem Bitten etwas nehmen. Die furchtbare moralische Folter, die er während seiner fünfmonatigen Gefangenschaft hat über sich ergehen lassen müssen, hat seine Gesundheit vollständig untergraben. Bereits vor seiner provisorischen Haftentlassung machten sich bei ihm Spuren von Geisteskrankheit bemerkbar. Damals denunzierte die feile bürgerliche Sensationspresse diese Ausbrüche eines zerrütteten Menschenlebens als Simulation. Jetzt kann sie das nicht mehr. Durand mußte in einer Irrenanstalt untergebracht werden.

Die verbrecherischen Agenten der großkapitalistischen transnationalen Schiffahrtsgesellschaft haben damit auf Umwegen ihren Zweck doch erreicht. Durand, der Organisator der so ausgeübten, im Alkoholgenuss verjüngten Kohlenverlader von Le Havre ist unerschütterlich gemacht und die Unbeugsamkeit im Interesse des kapitalistischen Profits kann für eine Zeitlang wieder ungehindert weiterbetrieben werden. Das war das Ziel, das die Handlanger des Unternehmertums verfolgten, und sie haben es mit der Vernichtung eines Menschenlebens erreicht.

